DEMO-ONLINE.DE

71. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

07/08 **2019**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜ

Niedersachsen
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

GESUNDHEIT IN STADT UND LAND

Der Nächste, bitte!

Die Verantwortung der Kommunen für wohnortnahe medizinische Versorgung und eine gesunde Lebensweise wächst

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/MARCO2811

Für die Gemeinschaft da, hier und dort.

Die Menschen in unserem Land können viel mehr, als sie manchmal glauben. Das wird besonders deutlich, wenn sich viele zusammentun, um für eine Sache einzustehen. Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für rund 50 Millionen Kunden da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So stehen wir rund zweieinhalb Millionen **Mittelständlern** zur Seite. Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will, begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft. Auf die Zukunft ist auch die **Wirtschaft** in unseren Regionen vorbereitet, weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und füreinander da sein bedeutet, unterstützen wir mit rund 750 regionalen **Stiftungen** Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft für die **Gemeinschaft** einsetzen. Und mit rund **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus **Überzeugung**.

Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt? Nach vorn! Und auf Lösungen für all die kleinen und großen Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen. Erleben auch Sie, wie sinnvoll Gemeinschaftssinn sein kann – vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm: www.gemeinsamallemgewachsen.de

TEAM D

Top Partner

#GemeinsamAllemGewachsen

Liebe Leserin, lieber Leser,

nicht immer stand das Thema Gesundheit auf der Tagesordnung der Kommunen so weit oben. Früher gab es in der Regel das kirchliche oder kommunale Krankenhaus, Pflegebedürftige wurden zu Hause betreut, und um den Rest kümmerte sich der Hausarzt, der morgens seine Sprechstunde in der Praxis hatte und nachmittags Hausbesuche machte.

Dieses Bild hat sich kolossal verändert: Den rührigen Hausarzt gibt es so kaum noch, und die heute geforderte Mobilität und Flexibilität machen es immer schwieriger, sich selbst um die alten Eltern zu kümmern. Viele Krankenhäuser, besonders die privaten, schauen immer mehr auf die Gewinnoptimierung – nicht immer zum Vorteil der Patienten.

Die Kommune, aber auch die Länder sind deswegen umso mehr gefragt. In vielen Regionen fehlen Landärzte und mobile Pflegekräfte. Hier hilft es, wenn sich Kommunen zusammenschließen und Netzwerke schaffen. Doch können Städte, Gemeinde und Landkreise diese Lücken nicht alleine schließen. Da bedarf es der Hilfe durch das Land. Wie das gehen kann, zeigen wir am Beispiel Rheinland-Pfalz.

Gebraucht werden, gerade für ländliche Regionen und benachteiligte Stadtteile, wohnortnah gut ausgestattete Krankenhäuser und Versorgungsnetzwerke mit kompetenten und den Menschen zugewandten Fachkräften. Für solche gute Infrastruktur müssen die Kommunen sorgen. Der Bund sollte sie aber finanziell unterstützen.

Damit es aber auch genügend Pflegefachkräfte gibt, müssen die Berufe attraktiver werden. Da sind alle in der Politik gefragt. Es kann nicht sein, dass Menschen, die einer so aufopfernden Arbeit nachgehen, für ihre Ausbildung selbst aufkommen müssen. Es ist höchste Zeit, dass alle Länder diese Kosten abschaffen. Pflegekräfte müssen außerdem ordentlich bezahlt werden und bessere Arbeitsbedingungen bekommen. Da tut die SPD einiges. Die Union und die Sozialpartner müssen mitziehen.

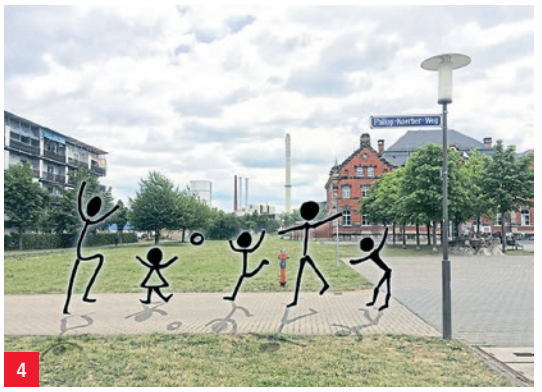
Karin Nink, Chefredakteurin

FOTOS: DIRK BLEICKER; GESUNDHEITSAMT NÜRNBERG; STÄDTISCHE KLINIKEN NEUSS – LUKASKRANKENHAUS; THOMAS IMO/PHOTOTHEK.NET; KWB

Titel

Gesundheit in Stadt und Land

4 **„Wir sind Anwalt der Menschen in den Stadtteilen“ |** Interview mit Fred-Jürgen Beier, dem Leiter des Gesundheitsamtes Nürnberg
6 **Netzwerk für Gesundheit |** Herne hat das Thema Gesundheit zur Querschnittsaufgabe im Rathaus erklärt
7 **Wenn die Kommune zum Sportplatz wird |** Mehr als 50 Kommunen beteiligen sich an Landesprojekt
8 **Mannheimer Impfmodell gegen Krebsviren gestartet |** Freiwillige Schulimpfung beginnt im Herbst
9 **Kultursensibel und kompetent |** Stadt Leipzig schult Gesundheitslotsen, um Migranten zu beraten
10 **Gesundheit fördern vor Ort |** Ernährung und Sport: Gute Quartiers-Programme in Berlin und Hamburg
11 **Das vergessene Feld |** Der Landkreis Rotenburg will Angebote in der Gerontopsychiatrie verbessern
12 **Gegen den drohenden Ärztemangel |** Wie mit Landarztquoten oder dem Einsatz von Telemedizin die Versorgung auf dem Land sichergestellt werden soll
14 **Klinikfusion in Neuss |** Größter Zusammenschluss von drei Krankenhäusern im Rheinland
15 **Im Kreis auf gutem Kurs |** Das Kreiskrankenhaus Osterholz schreibt gesunde Gewinne
16 **Auf dem Weg zur papierfreien Visite |** Das Krankenhaus Bietigheim führt die digitale Patientenakte ein



4

14

Report

Kommunen und ihre Partner

20 **Atempause für Kommunen |** Das KfW-Kommunalpanel 2019 zeigt: Im Durchschnitt sind die Kassen voll – aber die Zukunftsaussichten haben sich eingetrübt
22 **Kommunalfinanzierung online |** Digitale Plattformen vermitteln zwischen Kommunen und Kapitalgebern
24 **Kommunales Risikomanagement |** Versicherungsmarkt bietet eine große Produktpalette – was macht Sinn?
26 **Kommunen nachhaltig gestalten – weltweit |** Internationale Städtepartnerschaften
27 **Schneller Neubau in Idstein |** Wohnungsbaugesellschaft KWB errichtet Wohnungen in modularer Bauweise

20

27

18 **News |** Drei Fragen an Frank Baranowski
19 **Friedliche Revolution |** Der gemeinsame Blick in dieselbe Richtung
29 **Bücher | Wahlen | Termine**
30 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Wir sind Anwalt der Menschen in den Stadtteilen“

Gesundheitsförderung auch und gerade für sozial Benachteiligte ist ein großes Anliegen von Fred-Jürgen Beier. Der Leiter des Gesundheitsamtes in der Stadt Nürnberg erläutert im Gespräch mit der DEMO den stadtteilbezogenen Ansatz

Interview Karin Billanitsch

Gesundheit in den Kommunen

Nürnberg ist Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk Deutschland. Die Mitglieder verpflichten sich, Gesundheit als Querschnittsaufgabe zu sehen und gesundheitsförderliche Entscheidungen zu treffen. Was bringt dieser Austausch?

In einem Artikel habe ich einmal geschrieben, wenn es das Netzwerk nicht schon gäbe, müsste man es erfinden. Es ist vor 30 Jahren gestartet, und daraus hat sich ein Netzwerk von mehr als 85 Kommunen und Landkreise gebildet. Die Besonderheit besteht darin, dass auf der einen Seite kommunale Vertreter sind, auf der anderen auch Vertreter von Selbsthilfegruppen und Initiativen. Wir haben über die Jahre einen intensiven Erfahrungsaustausch über das Gesunde-Städte-Netzwerk etabliert.

Konkrete Beispiele?

Es gibt zum Beispiel Kompetenzzentren: Hier erklärt eine Stadt sich bereit, anderen Kommunen zu einem Schwerpunktthema, etwa Migration und Gesundheit, Gesundheitsberichterstattung oder Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen Unterstützung anzubieten. Hier kann man sich dann austauschen, auch Tagungen machen. Nürnberg hat den Fokus auf stadtteilbezogene Gesundheitsförderung, wir haben zum Beispiel einen starken Austausch mit München zu diesem Thema und wollen dies im Rahmen eines Kompetenzzentrums erweitern. Auf der jährlichen Mitglieder-Versammlung stellen jedes Jahr zehn Kommunen in kleinen Diskussionsrunden ihren Tätigkeitsbericht vor. Dadurch entsteht ein unwahrscheinlich effektiver Erfahrungsaustausch.

2015 wurde das Bundespräventionsgesetz verabschiedet, 500 Millionen Euro wurden bereitgestellt. Kommt das Geld in den Kommunen an?

Von den 500 Millionen sollen 250 Millionen für lebensweltorientierte Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte fließen. Für uns Praktiker ist das ein wirklicher Quantensprung. In Nürnberg waren wir recht erfolgreich. Wir haben ein Projekt zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung mit vier Vollzeitstellen in vier Stadtteilen mit einer Laufzeit von vier Jahren starten können, das von der AOK Bayern finanziert worden ist. Das wäre vorher nicht möglich gewesen und ist eine deutliche Verbesserung. Auf der anderen Seite muss man schon einmal die Relationen klarstellen: Allein 90 Millionen gibt die deutsche Tabakindustrie für Tabakaußenwerbung im Jahr aus. Es ist wie ein Kampf gegen Windmühlen – dennoch sollte man den Kampf nicht aufgeben.

Das Bundespräventionsgesetz hat – trotz aller Fortschritte – auch einige Webfehler: Die Mittel werden zur Verfügung gestellt, um nachhaltige Gesundheitsprojekte zu fördern. Der Haken an der Sache ist aber: Nach vier Jahren hört die Förderung auf. Man hat eine Anschubfinanzierung gegeben und dann sollen die Kommunen das weiterführen. Das geht natürlich nicht auf die Art. Hier wäre dringend eine Novellierung notwendig, damit erfolgreiche Ansätze weiter finanziert und verstetigt werden können.

Amtsleiter Fred-Jürgen Beier

FOTO: PRIVAT

Wie sieht das stadtteilbezogene Projekt bei Ihnen konkret aus?

Das Projekt läuft noch zwei Jahre. Für alle vier Stadtteile sind insgesamt circa 40.000 Euro jährlich als Projektmitttel eingeplant. Am Anfang stand eine Bedarfsanalyse. Wir haben uns einzelne Stadtteile angesehen: Wie ist die gesundheitliche Situation? Welche Daten gibt es? Auf kommunaler Ebene gibt es die Schuleingangsuntersuchung, da können wir für ganze Jahrgänge den Gesundheitszustand der Kinder kleinräumig feststellen. Darauf haben wir uns konzentriert.

Das ist ja ein Problem in Deutschland: Es gibt kaum gesundheitliche Daten, die wirklich repräsentativ sind. In anderen Ländern, zum Beispiel Großbritannien, existiert ein nationales Sterberegister, wo man die Daten mit sozialen Daten verknüpfen kann. Es wird dann auf den Totenscheinen auch der soziale Status vermerkt. In Deutschland geht das nicht und wird mit Datenschutz begründet. Ich habe da manchmal den bösen Verdacht, es geht nicht um Datenschutz, sondern um Schutz vor Erkenntnis.

Dann haben wir die Umweltsituation und die soziale Struktur untersucht, mit Experten aus verschiedenen Fachbereichen qualitative Interviews geführt. Wir haben auch die Bewohner aus den Stadtteilen befragt: Das ist bei diesem Projekt ein ganz wichtiger Ansatz: Wir möchten partizipativ vorgehen. Diese Bedarfsanalyse ist sehr aufwendig gewesen.

Welche Probleme haben Sie bislang identifiziert?

ZUR PERSON

Dr.med. Fred-Jürgen Beier, M.A., Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen, 1953 in Geilenkirchen bei Aachen geboren. Nach dem Studium der Medizin, Soziologie, Politische Wissenschaften und Philosophie in Aachen und Erlangen arbeitet er bei der Stadt Nürnberg, von 1988 bis 1992 als kommunaler Gesundheitsplaner im Stab der Arbeitsgruppe Nürnberg-Plan mit dem Schwerpunkt stadtteilbezogene Gesundheitsförderung und Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.
Von 1992 bis 1996 war Beier wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bürgermeisteramt der Stadt Nürnberg, Abteilung Gesundheitswesen, seit 1994 in der Funktion des Abteilungsleiters. Von 1996 bis 2006 arbeitete er im Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg als Gesundheitsplaner und Koordinator. 2004 übernahm er die stellvertretende Amtsleitung. Seit 2006 leitet Beier das Nürnberger Gesundheitsamt. Im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland ist er seit der Gründung des Netzwerks 1989 aktiv und war von 2014 bis 2017 Mitglied des Sprecherrates. *(KB)*

Das Gesundheitsamt Nürnberg ist dabei, offene Bewegungstreffs in den Stadtteilen zu etablieren.

Sie liegen einerseits hauptsächlich im Bereich Verkehr, Mobilität, Grünflächen, also bei den strukturellen Rahmenbedingungen. Und dann auf der anderen Seite in der sozialen Situation. Wir arbeiten dort mit anderen Akteuren in sogenannten Präventionsnetzwerken zusammen.

In welche Richtung geht der Präventionsansatz? Man kann einen verkehrsreichen Stadtteil mit wenig Grün nicht von heute auf morgen verändern …

Wir versuchen eine Doppelstrategie, und das halte ich auch für sehr sinnvoll. Wir versuchen, die Erkenntnisse aus der Analyse in die gesamtstädtischen Gremien zu transportieren, indem wir uns zum Beispiel mit der Stadtentwicklungsplanung zusammensetzen und mit der Verkehrsplanung. Es gibt in Nürnberg auch eine Nachhaltigkeitskonferenz, wir bringen diese Aspekte auch dort ein. Das ist eine Ebene, wo manche Probleme gelöst werden können. Zum Beispiel sind in Nürnbergs Radwege oder Bewegungsflächen sicherlich noch optimierungsfähig. Wir versuchen, als Anwalt der Menschen in den Stadtteilen deutlich zu machen, was sich auf der kommunalen gesamtpolitischen Seite verändern müsste.

Auf der anderen Seite gibt es auch Angebote vor Ort: Wir sind dabei, in den Stadtteilen offene Bewegungstreffs zu etablieren. In einem Park gibt es ein Bewegungsangebot. Das machen wir möglichst niedrigschwellig: Leute zu motivieren für den Sportverein oder einen Trimm-Dich-Pfad, das ist eine viel zu hohe Hürde für Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen. Daher bieten wir offene Angebote zu unterschiedlichen Tageszeiten.

Der Erfolg ist unterschiedlich: Manchmal gelingt es, manchmal nicht. Aber wenn es gelingt, dann entsteht auch ein kleines Netzwerk, Kontakte, die zu einer gegenseitigen Unterstützung führen. Das ist zum Beispiel ein sehr unterschätzter Punkt bei der Frage der Lebenserwartung: Man konzentriert sich nur auf die medizinischen Risikofaktoren. Aber die soziale Unterstützung, Solidarität, das ist ein ganz wichtiger lebenserhaltender Faktor.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben vor Jahren das orthopädische Sonderturnen vom Sportamt ins Gesundheitsamt geholt und unter dem Titel „RÜBE – Rücken- und Bewegungsturnen" konzeptionell so umgebaut, dass es für die Kinder attraktiv ist. Es findet in Kindergärten und Schulen statt. Das hat einen gesundheitlichen Effekt, die Kinder machen es gern, und wir konzentrieren uns dabei auf Kinder benachteiligter Stadtteile. Die Gebühren werden sehr niedrig angesetzt oder ganz erlassen. Dies wäre ausbaufähig. Außerdem versuchen wir, auf die Schwimmbäder hinzuwirken, mehr Zeiten für Schwimmunterricht für Kinder anzubieten, leider noch nicht mit durchschlagendem Erfolg.

Stichwort Lebenserwartung: Ein besserer sozialer Status bedeutet statistisch auch eine längere Lebenserwartung. Ist das in Stein gemeißelt?

Nach Analyse der Statistiken hat das oberste Fünftel der Gesellschaft eine um circa zehn Jahre höhere Lebenserwartung. Aber es geht nicht nur um die Höhe der Lebenserwartung. Bei der in guter Gesundheit verbrachten Zeit ist der Unterschied noch viel größer, er liegt bei bis zu 15 Jahren.

„Wir haben ein Projekt zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung mit vier Vollzeitstellen in vier Stadtteilen starten können.

Fred-Jürgen Beier,
Leiter des Gesundheitsamtes Nürnberg

Müsste dieses Thema nicht eine viel höhere politische Relevanz haben?

Aus meiner Sicht ist das der größte gesellschaftspolitische Skandal, der aber leider unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Seit mehr als 20 Jahren gibt es den Kongress Armut und Gesundheit in Berlin, wo sich die Experten austauschen, aber erstaunlicherweise findet das Thema so schwer in die Öffentlichkeit. Es gibt wahrscheinlich keinen größeren gesellschaftlich bedingten Nachteil, als eine um zehn Jahre geringere Lebenserwartung. Erstaunlich, dass das in der politischen Diskussion auf Bundesebene eine so geringe Rolle spielt.

Oft fehlt es an der Bildung, wenn es um Ernährung geht: Wäre zum Beispiel eine bessere Auszeichnung der Lebensmittel nicht sinnvoll?

Das wäre auf jeden Fall sinnvoll, damit die Leute, die sich für eine gesündere Ernährung entscheiden wollen, es auch leichter haben. Da wäre ich auf jeden Fall für die Einführung einer Lebensmittelampel, die den Zucker-, Fett- und Salzgehalt zeigt. Das wird von der Industrie ziemlich blockiert. Man muss sich zwar davor hüten, einen Populismus zu bedienen. Aber wenn sich Frau Klöckner mit Nestlé-Vertretern fotografieren lässt, fragt man sich natürlich, wie da eine konsequente Haltung in puncto Zuckersteuer oder Lebensmittelampel zu erwarten ist, da Nestlé sich vehement dagegenstellt.

Ein anderer Punkt ist die Diskussion um den Abgasskandal in Deutschland. Man geht von rund 6.000 vorzeitigen stickoxidbedingten Todesfällen durch Herz-Kreislauferkrankungen aus. Hauptursache sind Dieselabgase aus dem Straßenverkehr. Man fragt sich: Warum wird das von der verantwortlichen politischen Ebene geduldet? Warum sind die ökonomischen Interessen der Autoindustrie so stark, dass nur ganz zögerlich auf so etwas reagiert wird?

Ein weiterer Skandal ist, dass Deutschland das einzige EU-Land ist, wo es eine Tabak-Außenwerbung gibt. Obwohl eine Abschaffung quer durch die Parteien diskutiert wird, wird ein entsprechendes Gesetz immer wieder torpediert. Da macht sich die Politik nicht glaubwürdig, wenn sie derartige Sachen durchgehen lässt.

FOTO: GESUNDHEITSAMT NÜRNBERG

Der idyllische Revierpark Gysenberg in Herne bietet seinen Besucherinnen und Besuchern neben dem Genießen der Natur viele weitere Freizeitmöglichkeiten wie etwa Sport.

Netzwerk für Gesundheit

Herne gehört seit 1990 zum „Netzwerk Gesunde Städte“ – das Thema Gesundheit ist Querschnittsaufgabe im Rathaus

Autor Bernd Neuendorf

Über Herne, das weiß Katrin Linthorst leider nur allzu gut, werde häufig eher negativ berichtet. Die Stadt im Ruhrgebiet, einst geprägt vom Steinkohlebergbau, hat wie viele Orte in der Region mit dem Strukturwandel zu kämpfen. Bei Städterankings findet sich die 160.000 Einwohner zählende Kommune häufig auf den hinteren Plätzen wieder. Dabei, so die Fachbereichsleiterin Gesundheitsmanagement der Stadt, beruhten diese Rankings häufig auf veralteten Daten. Und überhaupt: Von derartigen Erhebungen lässt sich die promovierte Gesundheits- und Sozialwissenschaftlerin nicht sonderlich beeindrucken.

„Mehr Lebensqualität“

Sie richtet den Blick nach vorne, will gestalten. „Wir wollen den Menschen in Herne mehr Lebensqualität bieten. Und das bedeutet vor allem, dass wir im Bereich Gesundheitsförderung sehr aktiv sind.“ In der Tat hat es die Stadt geschafft, das „versäulte Denken“ der Verwaltung aufzubrechen und das Thema Gesundheit im Rathaus zu einem echten Querschnittsthema zu machen. Vor allem aber ist es gelungen, in der Kommune eine regelmäßig stattfindende Präventions- und Gesundheitskonferenz zu etablieren, in der Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung, Hochschulen, Krankenkassen- und -häusern sowie anderen Bereichen sich austauschen und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Ziel ist es, das Leben in der Stadt schrittweise gesünder zu machen, insbesondere in sozial benachteiligten Staddtteilen. Diese Plattform habe bundesweit durchaus Vorbildcharakter, sagt Katrin Linthorst.

Das Gesunde-Städte-Netzwerk Deutschland, dem Herne seit 1990 und damit fast von Anfang an angehört, hat die Stadt sogar im Jahr 2002 zum deutschlandweiten Kompetenzzentrum für lokale Gesundheitskonferenzen auserkoren. Wer eine solche durchführen möchte, dem steht Herne als Ansprechpartner bereit.

In diesen Tagen hat das Netzwerk seinen 30. Geburtstag gefeiert und kann auf eine wahre Erfolgsgeschichte zurückblicken. Nach den ursprünglich zehn Gründungsmitgliedern sind heute 84 Städte und Gemeinden Mitglied des Verbundes. Sie wollen mit ihrem freiwiligen Zusammenschluss einen Beitrag leisten, dass sich vor allem die gesundheitliche Situation ärmerer Menschen nachhaltig verbessert. Fred Beier, Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Nürnberg, schreibt in einem Beitrag anlässlich des Jubiläums des Netzwerkes: „Der Abstand zwischen Arm und Reich, was die Länge des Lebens betrifft, hat in den letzten Jahren eher zugenommen.“ Um so dringender sei es, den politisch teilweise immer noch geringen Stellenwert der Gesundheitsförderung in den Kommunen zu steigern.

Ein sogenanntes „Neun-Punkte-Programm“ umreißt die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft. Unter anderem müssen ein förmlicher Ratsbeschluss existieren und ein Koordinator oder eine Koordinatorin benannt werden, die den Austausch innerhalb der Mitgliedskommunen pflegen, Projekte steuern und den Austausch und die Vernetzung in der jeweiligen Kommune organisieren. In diesen Austausch werden ausdrücklich auch Initiativen und Selbsthilfegruppen einbezogen.

Katrin Linthorst leitet den Fachbereich Gesundheitsmanagement in Herne.

Ottawa-Charta

Grundlage für die Arbeit des Netzwerkes ist die sogenannte Ottawa Charta der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahre 1986.

Sie reklamierte das Prinzip des „Health in all policies“, also die Berücksichtigung des Aspektes Gesundheit in allen Politikbereichen und bei allen politischen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellte.“

Inzwischen bestehen in 29 Ländern Europas Netzwerke mit mehr als tausend Städten und Gemeinden. Die Relevanz kommunaler Lebenswelten für das Wohlbefinden ist seither deutlich gestiegen.

Niederschwellige Angebote

Katrin Linthorst ist überzeugt: „Die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten in Herne und in anderen Städten und Landkreisen ist ebenso wichtig, wie die persönliche Gesundheitsvorsorge.“ Man müsse Hilfs- und Unterstützungsangebote transparent machen und bei Bürgerinnen und Bürgern (Gesundheits-) Kompetenzen ausbilden. Aus diesem Grund organisiert Herne in einem besonderen Quartiersprojekt „First Mover“ niedrigschwellige Zugänge zu gesundheitsfördernden Maßnahmen und Angeboten. Die Menschen versucht das städtische Team der Gesundheitsförderung, über Wohlfahrtsverbände, Schulen und Kitas zu erreichen. Von Bewegungsangeboten für Kinder über gesundes Essen bis hin zur Zahnpflege reicht die Palette der Angebote. Einmal jährlich wird in Herne auch eine Gesundheitswoche mit jeweils einem besonderen Schwerpunkt durchgeführt. Darüber hinaus ist bei Oberbürgermeister Frank Dudda (SPD) eine Koordinationsgruppe für Prävention angesiedelt.

„Unsere Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk stellt trotz der vielfältigen Herausforderungen in der Stadt niemand in Frage“, betont Linthorst. Der Mehrwehrt eines strukturierten und planvollen Vorgehens bei der Gesundheit und der Schaffung von mehr Lebensqualität finde bei Politik und Verwaltung breiten Zuspruch. In einem solchen Ranking läge Herne weit vorne.

Mehr Informationen

gesunde-staedte-netzwerk.de

FOTOS: FRANK DIEPER/STADT HERNE

Wenn die Kommune zum Sportplatz wird

Kinder- und Jugendsport wird in Nordrhein-Westfalen landesweit gefördert – 53 Kommunen beteiligen sich

Autorin Silke Hoock

Um 13.30 Uhr flimmert die Luft vor Hitze, doch 15 Grundschülerinnen und -schüler stört das nicht. Sie finden sich ein auf dem Kunstrasenplatz der Matthias-Claudius-Schule im nordrhein-westfälischen Lünen im Kreis Unna und grüßen ihren Trainer Marvin Makus, der Softbälle verteilt und nebenbei noch einen Fußball aufpumpt. Marvin Makus ist Teil des Landesprojektes „Sportplatz Kommune – Kinder- und Jugendsport fördern in NRW". Seit August ist er dreimal in der Woche in der Grundschule und bringt den Mädchen und Jungen in Rahmen des Offenen Ganztags für jeweils eine Stunde unterschiedliche Ballsportarten bei. „Diese Stunden kommen sehr gut an", sagt Makus. Seit August ist er einer von vielen Trainern, die das landesweite Projekt in 53 beteiligten Kommunen mit Leben erfüllen.

Marvin Makus ist Teil des landesweiten Projektes „Sportplatz Kommune".

Gemeinsame Aufgabe

Die neun in Lünen beteiligten Grundschulen werden insgesamt zwei Jahre gefördert. Andrea Milz, NRW-Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, und Walter Schneeloch, Präsident des Landessportbundes NRW, betonten beim Auftakt, wie wichtig die Bedeutung einer frühzeitigen und stetigen Kinder- und Jugendsportförderung im kommunalen Kontext sei.

„Wer in dieser Zielgruppe Impulse setzt, bietet die besten Chancen, dass die jungen Menschen auch später gegenüber der Bewegung und dem Sport aufgeschlossen bleiben", so Staatssekretärin Milz. Walter Schneeloch verdeutlichte: „Unsere rund 12.000 NRW-Sportvereine mit Kinder- und Jugendabteilungen als gesellschaftliches Kernstück sind auch eine Verpflichtung, die gezielte Sportentwicklung als gemeinsame Aufgabe von Kommune und gemeinnützigem Sport zu verstehen."

Sind es bislang 53 Kommunen, deren Vereine, Schulen und Kitas mitmachen, sollen es am Ende bis zu 150 Städte und Gemeinden sein, die in dem auf vier Jahre angelegten Projekt erreicht werden. Dafür erhalten die Standorte von Landesseite jeweils eine finanzielle Förderung für die Dauer von bis zu zwei Jahren. Die Ausschreibung für das Jahr 2020 erfolgt in diesem Sommer.

> **Jeder kommt freiwillig und wir haben großen Zulauf.**
>
> Marvin Makus
> Fußballtrainer

„Es geht vor allem darum, die relevanten Akteure im Kinder- und Jugendsport anzuregen und bei der Aufgabe zu begleiten, in einem kommunalen Netzwerk gemeinsam auf die örtlichen Gegebenheiten und Erfordernisse für den Kinder- und Jugendsport einzugehen, neue Ideen zu entwickeln und diese umzusetzen", beschreibt LSB-Präsident Walter Schneeloch die Zielrichtung.

Dreimal in der Woche trainieren die Grundschulkinder Ballsportarten.

Und in Lünen funktioniert das beschworene Netzwerk so: Hier unterstützt das Programm „Sportplatz Kommune" das Lüner Sportkarussell. „Ziel des Projektes ist es, die Kinder der Grundschulen in Bewegung zu versetzen. Das bedeutet, dass wir Sportkurse in der Schule anbieten, in welchen die Mädchen und Jungen spielerisch verschiedene Sportarten kennenlernen. Vermehrt sind dies Ballsportarten. Die Kinder bewegen sich dabei in der Gruppe und lernen neben der Sportart auch Organisations-, Flexibilitäts- und Anpassungsfähigkeit an verschiedene äußere Einflüsse", berichtet der bei der Stadt Lünen verantwortliche David Littmann von der Sportverwaltung. In Zusammenarbeit mit dem Verein MiMa Sports e.V. entsendet die Stadt qualifizierte Übungsleiterinnen und -leiter aus dem Bundesfreiwilligendienst in die teilnehmenden Schulen.

Marvin Makus ist einer von ihnen. Der 22-Jährige ist bereits Fußballtrainer in einem heimischen Verein, und das Training an der Schule erweitert seine sportliche Expertise. „Das läuft hier sehr gut", sagt der Mann. Er sieht, dass den Kindern diese zusätzliche Sportstunde guttut. „Jeder kommt freiwillig und wir haben großen Zulauf." Von Stunde zu Stunde sehe man die Fortschritte, was Bewegung und Motorik anbelange. Doch auch hier in Lünen ist alles wie immer: Die Jungs lieben Fußball und die Mädchen bevorzugen Volleyball. „Wird beides gemacht", sagt der Trainer. Doch Motorik und Beweglichkeit schult er einmal in der Woche auch mit einer sogenannten Turn – und Bewegungslandschaft.

Dabei kommen Seile, Kästen, Bälle und Reifen zum Einsatz. Die Turngeräte und -materialien werden so arrangiert, dass sie einem Abenteuerspielplatz gleichen. Die Grundschüler können klettern, rollen oder springen und haben die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten einzuschätzen und zu erweitern. Doch heute bei 32 Grad im Schatten ist eine Wunschstunde angesagt. Jonas greift sich den Soft-Touch-Ball und sprintet los. Er will Fußball spielen.

Das Angebot kommt also gut an. Auch bei der Stadt: „Durch das Programm ‚Sportplatz Kommune' können wir in den Schuljahren 2019/20 und 2020/21 mehr Kurse anbieten", freut sich David Littmann.

FOTOS: SILKE HOOCK

Mannheim wirbt für die Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV). Die Kampagne soll im Herbst starten.

Mannheimer Impfmodell gegen Krebsviren gestartet

In der Großstadt beginnt in diesem Herbst eine freiwillige Schulimpfung gegen Humane Papillomviren (HPV)

Autor Harald Sawatzki

Diese Statistik sollte aufrütteln: Weltweit sind Jahr für Jahr mehr als 600.000 Menschen von HPV-Infektionen betroffen. Ihnen drohen verschiedenste HPV-Tumore: Entweder an den Sexualorganen, aber auch Karzinome in Mund, Rachen oder Gaumen sind belegt. Wie weit verbreitet der Gebärmutterhalskrebs allein in Deutschland ist, zeigen folgende Zahlen: Jedes Jahr erkranken etwa 10.000 Frauen und Männer an einem Krebs, der von sogenannten Humanen Papillomviren (HPV) ausgelöst wird. Für fast ein Drittel der Erkrankten gab es bisher keine Rettung. Von den Neuerkrankungen betreffen knapp 5.000 die Gebärmutter. Und aus aus Gründen der Vorsorge werden jährlich mehr als 90.000 Frauen wegen einer erkannten Krebsvorstufe operiert.

Die Stadt Mannheim will dieser Entwicklung nicht länger tatenlos zusehen: In diesem Herbst startet sie als erste Kommune im Land eine Impfkampagne gegen diesen Krebs. Es sollen Mädchen und Jungen vor allem im Alter zwischen neun und 14 Jahren erreicht werden, die sich freiwillig impfen lassen können. In das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gelangten die Gefahren, die von den Papillomviren ausgehen, durch die Ehrung des Heidelberger Wissenschaftlers Harald zur Hausen, der 2008 für seine Forschungen zur Entstehung des Gebärmutterhalskrebses den Medizinnobelpreis bekam. Der damalige Leiter des in Heidelberg angesiedelten Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) warnt seit langem, diese Tumorerkrankung bei Mädchen und Frauen werde vor allem durch Männer verbreitet. Sie hätten deutlich mehr Sexualkontakte mit verschiedenen Partnerinnen und müssten deshalb die HPV-Impfung ebenso bekommen.

Wie drängend das Impfproblem ist, belegt der Umstand, dass die Ständige Impfkommission (STIKO) am Berliner Robert-Koch-Institut dieses freiwillige Präventionsangebot seit 2007 für Mädchen empfiehlt. Und seit einem Jahr wirbt die STIKO auch bei Jungen für diese Impfmaßnahme. Bisher mit nur geringem Erfolg: Die Impfquoten in Deutschland bewegen sich bei etwa 30 Prozent und liegen weit unter den Zahlen anderer europäischer Länder: Finnland und Portugal beispielsweise erreichen 80 bis 90 Prozent der Zielgruppe.
Mannheims Schuldezernentin Dr. Ulrike Freundlieb will das nicht hinnehmen: „Es ist uns ein Anliegen, hieran etwas zu ändern," betont sie und beschreibt die Aktion als ein „Modellprojekt", das sie demnächst auch im Gesundheitsausschuss des Deutschen Städtetages vorstellen wolle. Die Mannheimer Initiative kam unter anderem auf Anregung des städtischen Gesundheitsamtes ins Rollen, als die Mannheimer im benachbarten südhessischen Raum der Bergstraße auf eine HPV-Präventionsaktion des „Gesundheitsnetzes Rhein-Neckar" stießen.

Erleichtert wird die Realisierung der Pläne wohl auch durch eine organisatorische Veränderung in Mannheims Stadtverwaltung: Freundlieb setzte vor geraumer Zeit die Fusion der Ämter für Gesundheit und Jugend durch: „So können wir Maßnahmen zu Gesundheitsfragen innovativ umsetzen", merkt die Dezernentin an. Schliesslich seien die Aufgaben beider Ämter strukturell miteinander verbunden.

Aufklärung an breiter Front

Eine HPV-Impfpflicht gibt es zwar nicht, aber es wird alles getan, um Kinder und deren Eltern über die Notwendigkeit und den Nutzen der Vorsorgemaßnahme aufzuklären. An den Grundschulen vor allem in Elternabenden, über die unterschiedlichsten sozialen Dienste der Stadt, über die niedergelassene Ärzteschaft und in Zusammenarbeit mit dem in Mannheim ansässigen „Institut für Public Health", das zum Universitätsklinikum Heidelberg gehört, will man möglichst viele Jugendliche und deren Eltern ansprechen.

„Wir müssen die Mädchen und Jungen in der Grundschule ab neun Jahren, spätestens auch die bis zu 14-Jährigen und danach an der Sekundarstufe II erreichen," weiß Freundlieb. Denn Sexualkontakte unter Jugendlichen setzten mittlerweile bei beiden Geschlechtern um die 14 Jahre ein. Wer bis dann zweimal geimpft wurde, ist ziemlich sicher vor einer späteren Erkrankung gefeit. Erfolgt die Impfung später, sind die Piekser dreimal nötig.

Die Kostenfrage ist für beide Geschlechter auch geklärt: Seit Mitte 2018 übernehmen die Krankenkassen die finanzielle Seite nicht nur für Mädchen – die sie schon seit 2014 begleichen – sondern auch für die Jungen. Etwa 2.000 Schülerinnen und Schüler im entsprechenden Alter sind an den Grundschulen der Stadt gemeldet. Würden alle Kinder geimpft, wäre das ein kleiner, aber beachtlicher Beitrag zur Eindämmung verschiedener Krebserkrankungen.

WEIT VERBREITET

10.000

Männer und Frauen erkranken in Deutschland an einem Krebs, der von einem HPV-Virus ausgelöst wird.

30

Prozent beträgt die Impfquote bei Mädchen. in Deutschland im Durchschnitt.

5.000

mal ist bei den Neuerkrankungen die Gebärmutter betroffen.

QUELLEN: STADT MANNHEIM, PREVENTA STIFTUNG, MANNHEIMER MORGEN

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/VALERII HONCHARUK

Kultursensibel und kompetent

Ein Projekt der Stadt Leipzig schult Gesundheitslotsen, um Migranten das Gesundheitswesen nahezubringen

Autor Harald Lachmann

Aufgeregt wie ein junges Mädchen ist Binnur Demir an diesem Morgen im Leipziger Frauen- Informations- und Begegnungszentrum FiA (Frauen in Arbeit). Denn sie, die ausgebildete Zahnmedizinerin und Mutter von drei Kindern, wird noch einmal examiniert. Dabei ist eigentlich sie diejenige, die heute andere unterrichten will. Aber diese Informationsrunde zu Fragen von Zahngesundheit, richtiger Ernährung oder Hygiene, die sie leitet, hat es in sich: Denn Binnur Demir ist Türkin, sie lebt erst seit drei Jahren in Leipzig, sprach vorher kein Wort Deutsch – und vor ihr sitzen Frauen aus Syrien. So wird, was sie auf Deutsch erzählt, zunächst ins Arabische übersetzt. Und all das geschieht auch noch unter den Augen einer Expertenjury, die Binnur Demir 90 Minuten kritisch beurteilt.

Doch am Ende setzt sie sich nicht nur erfolgreich durch – die deutschen Bewerter sind sogar begeistert von ihrer Arbeit. „Super für uns, wenn sie eine Fachkraft ist, die ihr Thema beherrscht“, freut sich anschließend Manuela Hübner vom Leipziger Gesundheitsamt. „Da kann man selbst noch etwas dazulernen.“

Plattform „KuGeL“

Und so erhält die Türkin, die aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen musste, am Ende eines Kurses mit 15 weiteren Frauen und Männern ihr Zertifikat als Gesundheitslotsin bzw. Gesundheitslotse. Neben ihr freuen sich darüber auch Migrantinnen und Migranten aus dem Iran, Afghanistan, Venezuela, Vietnam, Libyen, Ägypten, dem Libanon, Irak und Mexiko. Seit Dezember 2018 veranstalten sie nun eigenständig Informationsveranstaltungen für inzwischen Hunderte Leipziger mit Migrationshintergrund.

Die Plattform hierfür bildet das Projekt „KuGeL – Kultursensible Gesundheitslotsen Leipzig“. In dessem Rahmen bieten geschulte Gesundheitslotsen Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen in verschiedenen Sprachen an. Nicht alle Lotsen wären dabei Geflüchtete, so Manuela Hübner. Aber der Anteil ausländischer Mitbürger in Sachsens größter Stadt wachse ständig und umfasse schon Menschen aus 176 Staaten. Inzwischen wären mehr als 14 Prozent der 600.000 Einwohner aus dem Ausland zugereist. Und für fast alle dieser rund 84.000 Menschen sei das deutsche Gesundheitswesen in manchen Bereichen völliges Neuland. Bei KuGeL gehe es also nicht darum, Ausländer zum Arzt zu begleiten, sondern ihnen lebenspraktische Pfade durch einen zuweilen schwer durchschaubaren Dschungel zu eröffnen.

Manuela Hübner vom Leipziger Gesundheitsamt (l.) und die neu examinierte Gesundheitslotsin Binnur Demir

„Auch Menschen mit sehr geringen Deutschkenntnissen können mehr über die vielfältigen Möglichkeiten der Gesundheitsförderung erfahren.“

Manuela Hübner
Gesundheitsamt Leipzig

Manuela Hübner leitet im Gesundheitsamt das Projekt, koordiniert wird es beim DRK-Kreisverband Leipzig, finanziert für fünf Jahre (2017 bis 2022) durch die Techniker Krankenkasse und ideell unterstützt durch Vereine und Institutionen, die auch Migranten betreuen. Sie helfen, Interessenten für die Gesundheitsseminare der Lotsen zu akquirieren. Inhaltlich gliedern sich die Veranstaltungen in 11 Themen – vom deutschen Gesundheitswesen über Kindergesundheit bis zu gesundem Umgang mit Medien und Drogen. Selbst in Kurdisch, Urdu und Punjabi wird informiert. Dadurch könnten auch Menschen mit teils sehr geringen Deutschkenntnissen „mehr über die vielfältigen Möglichkeiten der Gesundheitsförderung erfahren“, so Manuela Hübner, die für September Schulungen für neue Lotsinnen und Lotsen vorbereitet.

Da jene Lehrgänge auf Deutsch stattfinden, müssen auch angehende Lotsen wenigstens die Qualifikation B2 besitzen. Wünschenswert sind auch medizinische oder pädagogische Vorerfahrungen, „jedoch keine Bedingung“, so die Projektchefin, die ihre Aspiranten etwa in Sprachkursen findet. Daneben bediene man sich Kontakten zu Multiplikatoren: „Hierfür ist eine immense Netzwerkarbeit nötig.“ Finanziell könne die Stadt den Lotsen nicht allzu weit entgegenkommen: Jene 35 Euro pro Informationsveranstaltung entsprächen der untersten Stufe von Tarifen für Volkshochschuldozenten. Dafür müssten sie aber auch nicht – wie andernorts – die Veranstaltungen selbst organisieren und mögliche Kosten tragen.

Für Binnur Demir und ihre Mitstreiter bildet die Lotsentätigkeit zugleich eine Chance, beruflich in Deutschland Fuß zu fassen. Denn zumeist erkennen hiesige Behörden ihr Studium im Herkunftsland nicht an, etwa ein Diplom als Zahnärztin. Das ändere sich auch nicht durch ihr Wirken als Lotsin, so die türkische Medizinerin, aber es erhöhe ihre Chance, überhaupt in ihrem Metier Arbeit zu finden. „Und als Gesundheitsamt stellen wir allen, von deren Arbeit wir überzeugt sind, hierfür auch Empfehlungen aus“, so Manuela Hübner. Das Handbuch, das im Zuge dieses Projektes entstanden ist, erregt bereits bundesweit Interesse. Immer wieder gehen im Leipziger Gesundheitsamt Anfragen ein, es nachnutzen zu dürfen. „Doch bisher fehlt uns hierfür eine rechtliche Grundlage“, sagt die Projektchefin.

Mehr Informationen
leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/gesundheit/kultursensible-gesundheitslotsen/

Erfolgreich examiniert: Gesundheitslotsen aus verschiedenen Ländern in Leipzig.

FOTOS: HARALD LACHMANN

Gesundheit fördern vor Ort

Ein gesundes Leben führen, ist gar nicht so einfach. Bewusste Ernährung und Sport gehören dazu. Wie es gelingen kann, zeigen Beispiele aus Berlin und Hamburg

Autoren Karin Billanitsch, Susanne Dohrn

Ein Jahr lang dauert das Programm von Moby Kids – dazu gehört auch Bewegung.

Kinder sitzen um einen Tisch und schnippeln konzentriert Äpfel und Kiwis für einen Obstsalat. Der Kochworkshop im Berliner Rollbergkietz macht ihnen sichtlich Spaß. Veranstalter ist der Verein Kiezanker in Berlin-Neukölln. „Der Verein hat sich hauptsächlich mit türkeistämmigen Frauen gegründet, die gesagt haben: Wir brauchen hier eine Unterstützung im Gebiet“, sagt Tina Hilbert. Sie arbeitet in der Clearingstelle Gesundheit für Quartiere der Sozialen Stadt in Berlin. Die Clearingstelle unterstützt seit 2016 ausgewählte Projekte des Quartiersmanagements darin, gute Gesundheitsförderungsprojekte umzusetzen. Eines davon ist der Verein Kiezanker e. V.

Der Kochworkshop im Berliner Rollbergkietz macht den Kindern sichtlich Spaß.

Yildiz Yilmaz ist Mitbegründerin des Vereins und koordiniert dessen Aktivitäten. Die Mütter haben sich zum Beispiel eine kleine Ausstellung zum Thema „Zucker in der Ernährung“ ausgedacht. Darin wird anschaulich deutlich gemacht, wieviel Zuckerwürfel in einer Packung Frosties, in einem Glas Erdbeermarmelade, oder in einem gekauften Becher Milchreis stecken „Die Ausstellung kommt wegen der Darstellung so gut an. Sie wird in der Grundschule gezeigt und in der benachbarten Kita“, sagt Tina Hilbert.

Die Clearingstelle Gesundheit wird paritätisch durch die beiden Senatsverwaltungen für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sowie Stadtentwicklung und Wohnen finanziert und startete im Jahr 2016 als Pilotprojekt. Sie ist sowohl Ansprechpartnerin für Quartiersmanagerinnen und -manager als auch Projektträger in Quartieren der Sozialen Stadt. Neben den Mitteln aus dem Projektfonds der Sozialen Stadt beteiligen sich die Gesetzlichen Krankenkassen und Krankenkassenverbände (GKVen). Über den Träger der Clearingstelle Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. werden die Mittel an die Projekte weitergeleitet.

> **Aktuell gibt es in 16 Berliner Quartieren der Sozialen Stadt Verbundprojekte zum Thema Gesundheitsförderung.**
>
> Tina Hilbert, Clearingstelle Gesundheit für Quartiere der Sozialen Stadt

In der Praxis sieht das am Beispiel von Kietzanker e. V. so aus: Die Clearingstelle unterstützt das Projekt „Gesunder Geist im gesunden Körper.“ „Das ist eine Mischung aus Kochworkshop, aber auch Infogesprächen“, beschreibt Tina Hilbert das Konzept.

„Die Kochworkshops sind eher für Kinder, damit man sie früh an gesunde Ernährung heranführt. Die Gesprächsangebote richten sich an die Mütter“, erzählt Hilbert. Für diesen Teil des Projekts – das Gesundheitsmodul – sind 5.600 Euro vorgesehen, das ist der GKV-Anteil. Weitere 30.000 Euro kommen aus dem Topf der Sozialen Stadt: Kietzanker e. V. soll weiter professionalisiert und sich sozusagen zu einem Anker der guten Nachbarschaft entwickeln. Nicht zuletzt, um die türkeistämmige Bewohner im Quartier besser zu integrieren. Aktuell gebe es laut Hilbert in 16 Berliner Quartieren der Sozialen Stadt solche Verbundprojekte zum Thema Gesundheitsförderung.

Moby Kids: Freude an Bewegung

Bewusste Ernährung und Freude an der Bewegung will auch „Moby Kids“ vermitteln. Das Gesundheitsprogramm wurde 1998 in Hamburg von der Schulärztin Dr. Christiane Petersen, zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt als Zielpatenschaft der Gesundheits-Behörde ins Leben gerufen. Inzwischen agiert das Netzwerk bundesweit.

Für Kinder und Jugendliche zählen Übergewicht und Adipositas, also Fettleibigkeit, zu den häufigsten gesundheitlichen Risiken. Zu wenig Bewegung, zuckerhaltige Getränke, schnelle kalorienreiche Fertigmahlzeiten, die Gründe dafür sind vielfältig und haben oft mit den Ernährungsgewohnheiten der Familie zu tun. Deshalb werden die Eltern von Anfang an in das Programm einbezogen. „In den ersten beiden Monaten bereiten eine Psychologin und eine Ernährungswissenschaftlerin die Eltern auf das vor, was in dem Jahr passiert, damit sie ihre Kinder begleiten, mit Rückfällen umgehen und Ausrutscher auffangen können“, erklärt Nina Holtz von „Moby Kids.“

Nach zwei Monaten beginnt das Verhaltens- und Ernährungstraining der Kinder und Jugendlichen, einmal im Quartal kochen die Kinder und Jugendlichen gemeinsam für die Eltern. Ein Jahr lang kommen sie einmal die Woche nachmittags zu den Moby Kids. Die meisten Krankenkassen übernehmen einen Teil der Kosten. Die Kostenübernahme ist freiwillig, weil Adipositas nicht als Krankheit anerkannt ist.

Mehr Informationen gibt es unter

berlin-gesundheitfoerdern.de
kiezanker.de
mobykids.de

FOTOS: SUSANNE DOHRN; CLEARINGSTELLE GESUNDHEIT FÜR QUARTIERE DER SOZIALEN STADT IN BERLIN/ YILDIZ YILMAZ

Anzeige

SHOP.SPD.DE
info@imageshop.de
Telefon: 030 / 25993 650

IMAGE Produkte
SHOP SPD

IMMER DAS RICHTIGE ...
AUS EINER HAND

Das vergessene Feld

Einrichtungen im Landkreis Rotenburg vernetzen sich, um das Angebot im Bereich der Gerontopsychiatrie zu verbessern

Autor Ulf Buschmann

Harald M. ist verzweifelt. Vor einigen Wochen bekam der 76-Jährige aus dem kleinen Ort Kirchwalsede im Landkreis Rotenburg den eindeutigen Bescheid, dass seine zwei Jahre jüngere Frau Edith an Demenz erkrankt sei. Seitdem versuchen Harald M., seine beiden erwachsenen Kinder und die Mitarbeiter der Diakonie-Sozialstation, einen stationären Pflegeplatz zu finden – bislang vergeblich. „Es gibt einfach nichts", fasst Harald M. seine Erfahrungen und die seiner Mitmenschen zusammen. Doch nicht nur bei der stationären, auch bei der ambulanten Versorgung hapert es.

Ist es in der Stadt schon schwierig, an Demenz erkrankte Menschen zu versorgen, sind die Schwierigkeiten in ländlich geprägten Regionen noch schlimmer. Der Landkreis Rotenburg bildet da keine Ausnahme. Doch das möchten Angehörige aus den Pflegeberufen, ambulante und stationäre Einrichtungen sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung nicht hinnehmen. Sie streben eine Vernetzung im Bereich der Gerontopsychiatrie an. Darunter fallen auch die an unterschiedlichen Formen der Demenz erkrankten Menschen. Ziel der Vernetzung soll es sein, sich auszutauschen, sich gegenseitig weiterzubilden und mittel- bis langfristig einen Beitrag zur Verbesserung des Angebots zu leisten.

Gesundheitsregion Rotenburg

Die ersten Schritte machten die Interessierten bei der 3. Gesundheitskonferenz des Landkreises Rotenburg im Juni. Im Mittelpunkt der ein Mal im Jahr im Rahmen der Gesundheitsregion stattfindenden Zusammenkunft stand das Thema „Pflege". Die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die unterschiedlichen Facetten, unter anderem in mehreren sogenannten Themeninseln und Foren. Insbesondere das Forum „Gerontopsychiatrische Versorgung" stieß auf großes Interesse. Hintergrund: Alte Menschen mit einer Demenzerkrankung spielen in der Pflege eine immer größere Rolle. Doch Netzwerke für Angehörige, Pflegende und selbst Pflegeeinrichtungen sind erst im Aufbau.

Eines davon ist das „Rotenburger DemenzNetz". Dessen Ziel ist es, Erkrankten und Angehörigen erst einmal einen Pool an Wissen zu bieten. „Das Netzwerk funktioniert auch schon", sagte die Geronthotherapeutin Heike Schwabe, eine der Initiatorinnen, bei der Gesundheitskonferenz im Gerontopsychiatrie-Forum. Rund 15 Mitglieder beziehungsweise unterschiedliche Einrichtungen bieten laut Schwabe Hilfesuchenden zumindest schon mal ein bescheidenes Angebot. Zum Beispiel werden Begegnungen für Betroffene und ihre Angehörigen organisiert. Ein Manko umschrieb Schwabe so: „Es ist funktioniert alles nur ehrenamtlich." Vor diesem Hintergrund sei das Demenznetz eher so etwas wie der Tropfen auf den heißen Stein.

Wie hoch seine Temperatur ist und vor allem, wie groß der Stein ist, wurde im Forum „Gerontopsychiatrische Versorgung" klar. Mit welchen Problemen gerade Angehörige der Pflegeberufe, aber auch Psychiater, Psychologen und Ärzte in ihrem Alltag konfrontiert werden, ließen sie in ihren Wortbeiträgen durchblicken. Die Bandbreite reicht von der „Anspruchshaltung in der Versorgung" etwa von Angehörigen über den allgegenwärtigen Pflegefachkraftmangel bis hin zu (fehlenden) Angeboten für alt gewordene psychisch Erkrankte. Ein Suchtberater wies beispielsweise darauf hin, dass es ja auch Drogen- und Medikamentenabhängige in Altenheimen gebe. „Wir haben da ein großes Suchtpotenzial bei den alten Menschen", sagte er, „das alles ist bei ihnen sehr schambesetzt".

Neue Sichtweisen einbringen

Doch nur zu jammern, war nicht die Sache der Forum-Teilnehmer. Sie machten auch Vorschläge, wie sich die Situation innerhalb des Netzwerks verbessern lässt. Fallbesprechungen und Supervisionen gehören als klassische Instrumente genauso dazu wie ganz neue Sichtweisen. Die Angehörigen der medizinischen Disziplinen, von Pflegeberufen und Sozialpädagogen sollten zusammengebracht werden, um ihre unterschiedlichen Sichtweisen und Kenntnisse in dieses weitgehend noch unbestellte Feld der Pflege einzubringen. Und nicht zuletzt müssten Politik und Gesellschaft für die Anforderungen in der Gerontopsychiatrie im ländlichen Raum sensibilisiert werden.

INFO-KASTEN

Der Landkreis Rotenburg ist seit dem Jahr 2016 eine von mehreren Gesundheitsregionen in Deutschland.

Zu diesem vom Bund geförderten Programm gehört die Durchführung einer Gesundheitskonferenz ein Mal im Jahr. Die jeweiligen Ergebnisse fließen in eine Steuerungsgruppe ein, die die Ideen und Impulse aus dem Kongress heraus in Projekte umsetzen soll. Zur Gesundheitsregion gehören zahlreiche Angebote.

gesundheitsregion.lk-row.de

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/AXIAO PRODUCTIONS

Alte Menschen mit Demenzerkrankung spielen in der Pflege eine immer größere Rolle. Auf der 3. Gesundheitskonferenz des Landkreises Rotenburg war das auch ein Thema.

„Das Demenznetz in Rotenburg funktioniert schon – allerdings nur ehrenamtlich.

Heike Schwabe, Vorstand Rotenburger DemenzNetz e. V.

Von der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum ist auch die medizinische Versorgung betroffen: Das Netz der niedergelassenen Landärzte wird stetig löchriger.

Gegen den drohenden Ärztemangel

Die Versorgung im ländlichen Raum zu sichern, ist eine wichtige Herausforderung: Ein Weg ist eine Landarztquote, wie sie jetzt in Rheinland-Pfalz kommen soll. Darüber hinaus kann auch der Einsatz von Telemedizin helfen, Engpässe zu schließen

Autoren Irmela Heß, Carsten Wittmaack

Die Landesregierung wird sich auch künftig für einen attraktiven Arztberuf und eine gute ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum einsetzen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, SPD

Die demografische Entwicklung wird sich im ländlichen Raum in den kommenden Jahren immer spürbarer auswirken: Die Einwohnerzahl sinkt und der Altersdurchschnitt steigt. Gleichzeitig führt der Strukturwandel auf dem Land zu einschneidenden Änderungen. Betroffen davon ist auch die medizinische Versorgung – das Netz der niedergelassenen Landärzte wird stetig löchriger. Dies könnte zu einer deutlichen Verschlechterung der medizinischen Versorgung besonders für ältere oder weniger mobile Einwohner führen. Gegenmaßnahmen sind gefragt.

Gesetzentwurf für Landarztquote vorgelegt

Beschlossen wird sie wohl noch dieses Jahr, aber bis sie Wirkung zeigt, werden noch etliche Jahre vergehen: Rheinland-Pfalz will die Landarztquote einführen. Der Gesetzentwurf wurde im Dezember 2018 vom Ministerrat im Grundsatz gebilligt, soll nach der Sommerpause Thema im Landtag werden und zum Wintersemester 2020/2021 greifen. Auch in anderen Bundesländern ist die Landarztquote Thema, in Nordrhein-Westfalen werden bereits zum kommenden Wintersemester die ersten jungen Frauen und Männer einen Medizinstudienplatz erhalten, weil sie sich verpflichtet haben, nach dem Studium erstmal auf dem Land zu arbeiten.

Die Sicherung der hausärztlichen Versorgung vor allem im ländlichen Raum beschäftigt die Landesregierung in Rheinland-Pfalz seit Jahren. Die Bevölkerung wird durchschnittlich immer älter, vor allem auf dem Land, wo die jungen Menschen wegziehen. „Nach Analyse der Kassenärztlichen Vereinigung ist rund ein Drittel der Vertragsärzte in Rheinland-Pfalz älter als 60 Jahre. Das bedeutet, diese Ärzte scheiden in absehbarer Zeit aus der Versorgung aus. Der daraus resultierende Nachbesetzungsbedarf ist bei Hausärzten besonders hoch“, heißt es aus der Pressestelle des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz (MSAGD). Hinzu kommt, dass nicht genügend Medizinstudierende die Fachrichtung Allgemeinmedizin wählen - und wenn doch, dann wollen sie danach eher nicht in ländlichen, meist auch strukturschwachen Regionen arbeiten.

Erweiterter Zugang zum Studium

Der Zugang zum Medizinstudium ist normalerweise schwierig. Tausende junger Menschen bewerben sich jedes Semester für ein Medizinstudium, 80 Prozent von ihnen erhalten eine Absage. Mit einer Abiturnote, die schlechter als 1,0 ist, ist der Zugang nur bedingt möglich, obwohl eigentlich jedem klar ist, dass wer einen sehr guten Abiturschnitt hat, nicht unbedingt auch ein sehr guter Arzt werden wird. Das Landarztgesetz soll jenen eine Möglichkeit für ein Studium bieten, deren Abiturnote es normalerweise nicht möglich machen würde.

Der Plan: Bis zu zehn Prozent der Medizin-Studienplätze in Rheinland-Pfalz werden an Bewerberinnen und Bewerber vergeben, die sich verpflichten, nach ihrer Facharztausbildung für zehn Jahre in einer unterversorgten Region als Landärztin oder Landarzt zu arbeiten. Wer letztlich einen solchen Studienplatz erhält, wird durch ein Auswahlverfahren ermittelt: Auch hier spielt die Abiturnote eine Rolle, daneben aber auch die persönliche Eignung, die in einem speziellen Test ermittelt wird, der im Laufe dieses Jahres entwickelt wird. Zusätzlich soll die Zahl der

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/MARCO2811

Studienplätze an der Uni Mainz erhöht werden.

Das Auswahlverfahren wird federführend durch das MSAGD erarbeitet. Die Auswahl erfolgt durch das Land beziehungsweise eine dafür zuständige Stelle. Die Namen der Bewerberinnen und Bewerber, die sich erfolgreich über das Landarztquote-Verfahren beworben haben, werden dann der Stiftung für Hochschulzulassung übermittelt, die die Zulassungsbescheide erstellt.

Die Landarztquote ist nicht die einzige Maßnahme gegen den drohenden Ärztemangel: Im Jahr 2007 war Rheinland-Pfalz eines der ersten Länder, in dem gemeinsam mit Kassenärztlicher Vereinigung, Landesärztekammer, dem Hausärzteverband Rheinland-Pfalz und der Universitätsmedizin Mainz ein Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung aufgestellt wurde. Dieser wurde seitdem immer wieder weiterentwickelt.

Ein Baustein darin ist neben anderen ein Förderprogramm für Hausärztinnen und Hausärzte, die sich in einer Region niederlassen, in der eine Unterversorgung herrscht oder droht. Sie können bis zu 20.000 Euro erhalten. „Seit Inkrafttreten des Förderprogramms 2011 konnten bereits mehr als 130 Maßnahmen gefördert werden. Das Land hat dafür bisher rund 1,85 Millionen Euro bereitgestellt“, meldete jüngst die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD). Und sie betonte: „Die Landesregierung wird sich auch künftig für einen attraktiven Arztberuf und eine gute ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum einsetzen. Deshalb werden wir neben weiteren Maßnahmen wie der Landarztquote und Angeboten zur Aus- und Weiterbildung auch beim Förderprogramm hausärztliche Versorgung engagiert bleiben.“

Telemedizin als ergänzendes Instrument in Schleswig-Holstein

Eine Möglichkeit einer individuellen medizinischen Betreuung ohne persönliches Treffen des Arztes mit dem Patienten bietet die Telemedizin. Zu ihren Verfechtern gehört der Mediziner Dr. Carsten Leffmann, ärztlicher Geschäftsführer der Ärztekammer Schleswig-Holstein. Doch die Telemedizin wirft auch Fragen auf: Sehe und spreche ich meine/n Ärztin/Arzt nicht mehr persönlich? Welche technischen Bedingungen sind notwendig? Ist der Datentransfer sicher? Was kostet diese Behandlungsform den Patienten, und wo macht Telemedizin Sinn? Auch gewisse technische Voraussetzungen müssten für den erfolgreichen Einsatz der Telemedizin erfüllt sein. „Wir brauchen Breitband“, nennt Leffmann ein Beispiel. Schnelle und leistungsfähige Internet-Leitungen seien eine Voraussetzung, um die datenintensive Verbindung zwischen Arzt und Patient gewährleisten zu können.

In Schleswig-Holstein gebe es zwar kaum Landarztstellen, die länger unbesetzt seien, sagt Leffmann, doch viele Ärzte würden in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, und so würde insbesondere der hausärztliche Nachwuchs zurzeit durch spezielle Aktivitäten umworben – und das bundesweit. Verwaiste Einzelpraxen könnte es wohl vor allem in den Regionen „hinterm Deich an der Westküste“ geben, wie es Leffmann ausdrückt. Der Hamburger Rand etwa werde vom Ärztemangel aller Voraussicht nach zumindest vorerst verschont bleiben. Insgesamt seien neue Organisationsformen der ärztlichen Versorgung gefordert. Hier sei aber hauptsächlich auch die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein schon seit langem innovativ-konzeptionell engagiert.

Telemedizin sei aber nicht nur dort ein brauchbares Instrument, wo Ärzte fehlten, betont der Mediziner. Ein Beispiel seien Diabetiker, die regelmäßig überwacht und betreut werden müssten und sich mittels telemedizinischer Anwendungen etliche Arztbesuche sparen könnten. Generell soll und darf die Telemedizin nicht den Arzt ersetzen, sondern müsse ein zusätzliches Angebot sein. Noch stecke sie ohnehin in den Kinderschuhen. „In Schleswig-Holstein geht es – wie in ganz Deutschland – jetzt erst richtig los“, so Leffmann. Ein Meilenstein sei durch die im vergangenen Jahr erfolgte Lockerung des sogenannten Fernbehandlungsverbotes in Schleswig-Holstein gesetzt worden. Ein wichtiger Punkt, um beispielsweise Patienten behandeln zu dürfen, die dem Arzt bislang unbekannt waren. Noch jedoch sei die Telemedizin größtenteils „von der Eigeninitiative der Ärzte abhängig“.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz

> **„In Schleswig-Holstein geht es – wie in ganz Deutschland – jetzt erst richtig los.“**
>
> Dr. Carsten Leffmann, ärztlicher Geschäftsführer der Ärztekammer Schleswig-Holstein

Es gebe auch kritische Details, die ernst genommen werden müssten, sagt Leffmann. Ein Thema sei der Datenschutz. Das neue Behandlungsformen auch neue Probleme mit sich bringen können, zeigt ein Fall, der zu Jahresbeginn durch die Medien ging. Eine Hamburger Firma bot Krankschreibungen via WhatsApp an. Die Ärztekammern in Hamburg und Schleswig-Holstein zeigten sich wenig begeistert. Man rate von der Nutzung des Online-Angebots ab – „allein schon aus datenschutzrechtlichen Gründen“, wie Leffmann betont. Auch die Rechtmäßigkeit würde angezweifelt und noch im Detail geprüft.

Doch generell stünden die positiven Aspekte im Vordergrund. Die Telemedizin könne auch für Ärzte eine Erleichterung sein, sagt Leffmann. So würde sich für Hausärzte der eine oder andere zeitintensive Hausbesuch erübrigen können. Zum Einsatz kommt die Telemedizin mit Hilfe von nichtärztlichen Praxisassistentinnen (NäPA) beispielsweise schon in Büsum und in Travemünde. Dort können NäPA und Patient via Laptop und Webcam bei Bedarf direkt Kontakt zum Hausarzt aufnehmen, der dann entscheidet, ob der Patient persönlich in der Praxis vorstellig werden muss. Der Aufwand ist vergleichsweise gering, auch für die Patienten, vieles funktioniert über Apps und das eigene Smartphone.

Könnte für immer mehr Ärzte künftig eine Erleichterung sein: der Einsatz von Telemedizin, zum Beispiel über Computer oder Smartphones.

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/ANJA SCHAEFER; MSAGD DENNIS MÖBUS

Drei Kliniken im Rhein-Kreis Neuss vereinen sich

Größte Fusion im Rheinland soll die medizinische Versorgung flächendeckend sichern

Autorin Maicke Mackerodt

Die Kreisstadt Neuss liegt gegenüber von Düsseldorf, hat eine eigene Skihalle, in der Nähe die Museumsinsel Hombroich – und das städtische Lukaskrankenhaus, einen der größten Anbieter von Gesundheitsleistungen im Rhein-Kreis Neuss und ein Krankenhaus mit gutem Ruf. Jetzt hat das kerngesunde Lukaskrankenhaus mit den beiden chronisch defizitär arbeitenden Kreiskliniken Dormagen und Grevenbroich fusioniert. Ausgelöst wurde die Fusion durch den anhaltenden Kostendruck im Gesundheitswesen und die scharfe Konkurrenz durch private Klinikkonzerne.

Doch die Politik setzt darauf, ihren Einfluss auf diese wichtige kommunale Daseinsvorsorge zu sichern. Der Neusser Stadtrat stimmte mit großer Mehrheit der Fusion zu. Zuvor hatte bereits der Kreistag Grevenbroich sein Okay gegeben. Landrat Hans-Jürgen Petrauschke (CDU) und der Neusser Bürgermeister Reiner Breuer (SPD) gaben gemeinsam bekannt: „Alle Signale stehen auf Grün. Keiner muss schlaflose Nächte haben. Die Fusion ist medizinisch und wirtschaftlich vorteilhaft und gibt allen Beschäftigten eine langfristige Perspektive. Wir sichern damit die kommunal getragene Krankenhauslandschaft im Rhein-Kreis Neuss." Arno Jansen, Fraktionsvorsitzender der SPD-Neuss ergänzt: „Durch diesen Beschluss schützen wir 3.800 kommunale Arbeitsplätze in den Krankenhäusern vor Privatisierungen."

Fusion statt Schließungen

Ein Gutachten der Stadt Neuss und des Kreises hatte zuvor belegt: Das Lukaskrankenhaus und die Rhein-Kreis Kliniken sind jeder für sich zu klein, um kostendeckend eine wohnortnahe medizinische Infrastruktur aufrechtzuerhalten. „Lediglich eine Fusion kann die medizinische Versorgung flächendeckend gewährleisten", hieß es in dem Gutachten. Mit dem fusionsgesteuerten magischen Dreieck Neuss, Grevenbroich, Dormagen

Das städtische Lukaskrankenhaus in der Kreisstadt Neuss (aus der Luft fotografiert): Es wird mit den beiden Kreiskliniken Dormagen und Grevenbroich fusioniert.

„wären auch Modellversuche in puncto Pflegekräfte leichter zu stemmen", so Lukas-Geschäftsführer Nicolas Krämer. Beispielhaft ist bereits das preisgekrönte Arbeitszeitmodell „Flexpool", durch das Fachkräfte im Lukas zu ihren Wunschzeiten flexibel auf mehreren Stationen arbeiten können.

Rückwirkend zum 1. Januar 2019 ist somit ein kommunales Großkrankenhaus entstanden, das nicht nur der größte Klinikverbund in kommunaler Hand im Rheinland ist, sondern das drittgrößte kommunale Krankenhaus in ganz Nordrhein-Westfalen (NRW). Nach der Verschmelzung sind die drei Kliniken im Rhein-Kreis Neuss bundesweit der zehntgrößte kommunale Krankenhausverbund. Der neue Klinikkonzern mit drei Standorten hat 1.200 Betten und versorgt 55.000 stationäre Patientinnen und Patienten pro Jahr.

Reiner Breuer, seit dem Jahr 2015 der erste SPD-Bürgermeister überhaupt in Neuss, setzte zudem durch, dass im Aufsichtsrat Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten sind, die dort mit abstimmen dürfen. Stadt und Kreis betonen zudem, dass beide Partner sich auf Augenhöhe treffen. Rhein-Kreis und Stadt Neuss sollen jeweils 50 Prozent der Anteile an der neuen Gesellschaft halten. Weil das Lukaskrankenhaus aber als wertvoller eingeschätzt wird, soll die Stadt Neuss einen Wertausgleich bekommen. Rat und Kreistag billigten bereits einen Ausgleich der unterschiedlichen Unternehmenswerte. Die exakte Höhe von geschätzt etwa zehn Millionen Euro wird noch berechnet. Fest steht: Der Kreis wird der Stadt im Zuge der Ausgleichsleistungen Anteile an den Kreiswerken übertragen, die auch im Neusser Süden viele Haushalte mit Trinkwasser beliefern.

Drei Geschäftsführer

Die noch namenlose Großklinik soll bis zu drei Geschäftsführer haben. Führen soll die Gesellschaft ein Aufsichtsrat, an dessen Spitze Wilfried Jacobs berufen werden soll. Er war fast zwei Jahrzehnte der Chef der AOK Rheinland und ist Experte in Fragen der medizinischen Versorgung. Breuer und Petrauschke selbst werden als stellvertretende Vorsitzende die beiden gleichberechtigten Gesellschafter vertreten. Die Städte Grevenbroich und Dormagen, die als Standortgemeinden Zutritt zu dem Entscheidungsgremium bekommen möchten, bleiben außen vor.

Zur Fusionsmasse zählen außerdem auch eine Altenpflegeeinrichtung und ehemalige städtische Kindergärten, beides gehört mittlerweile zum Lukas-Sozialkonzern. Der Kreis fügt noch seine Seniorenzentren hinzu. Ob diese Tochterunternehmen unter einem Dach bleiben, ist bisher noch nicht abschließend entschieden.

Die Fraktion „Die Linke" im Neusser Stadtrat beantragte, die Lukas-Kindertagestätten (Lukita) in Neuss aus dem Klinikverbund zu lösen. Diese Entscheidung stellt Reiner Breuer bis zum Herbst zurück: „In den Vertragsbedingungen ist festgehalten, die Stadt hat weiter Zugriff auf die Lukita, kann eine Absonderung jederzeit vornehmen und nimmt alleine Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Tochterunternehmens. Das ist sichergestellt."

FUSIONIERT

55.000

stationäre Patienten werden im neuen Klinikkonzern pro Jahr versorgt.

1.200

Betten bieten die drei Standorte, die bundesweit der zehntgrößte kommunale Krankenhausverbund sind.

QUELLE: STADT NEUSS; PRESSESTELLE LUKASKRANKENHAUS

FOTO: STÄDTISCHE KLINIKEN NEUSS – LUKASKRANKENHAUS

Der Zuspruch bei den Patienten für das Kreiskrankenhaus Osterholz ist hoch – die Klinik schreibt seit Jahren schwarze Zahlen.

Im Kreis auf gutem Kurs

Während Kreiskliniken oft schwächeln, geht es dem Kreiskrankenhaus Osterholz gut – dank einer breiten Strategie

Autor Ulf Buschmann

Eine erfreuliche Nachricht brachte das vergangene Jahr: Rund 675.000 Euro Gewinn stehen unter dem Strich in der Bilanz. „Das ist schon ganz ordentlich, und das haben wir alle geschafft", sagt Klaus Vagt durchaus bescheiden. Der gut zwei Meter große Mann leitet seit dem Jahr 1993 das Kreiskrankenhaus Osterholz. Vagt legt stets Wert darauf, dass dort alle im Team arbeiten – eine Strategie, die sich bewährt hat.

Gemeinnütziger Eigenbetrieb

Denn das Krankenhaus, das seit dem Jahr 1994 ein gemeinnütziger Eigenbetrieb des Landkreises Osterholz mit 110.000 Einwohnern ist, schreibt seit vielen Jahren schwarze Zahlen. So betrug beispielsweise der Gewinn im Jahr 2014 rund 129.000 Euro, im folgenden Jahr 539.000 Euro. Das Jahr 2016 schloss das Krankenhaus gar mit einem Plus von rund 692.000 Euro ab. Zwölf Monate später waren es 540.000 Euro.

Vagt erinnert sich seit seinem Antritt an der Spitze an lediglich drei Geschäftsjahre mit Verlusten. Aber auch davor, in den 1980er Jahren, „gab es auch mal Defizite", meint der Krankenhaus-Chef.

Von nächstem Jahr an müssen er und seine Mannschaft ein Mammutprojekt stemmen: Nach mehr als 40 Jahren bekommt das Krankenhaus eine neue Intensivstation. Die Kosten für den Baukörper belaufen sich auf rund 10,5 Millionen Euro. Den Löwenanteil der Kosten in Höhe von 7,5 Millionen übernimmt allerdings das Land Niedersachsen. Die restlichen drei Millionen muss das Krankenhaus indessen aus Eigenmitteln erwirtschaften.

Die Investitionen sind notwendig, weil die jetzige Abteilung, für die im Jahr 1974 der Spatenstich gesetzt wurde, viel zu klein geworden ist. Dies liegt nicht nur an den sich ändernden medizinischen und pflegerischen Anforderungen – vielmehr hat das Kreiskrankenhaus Osterholz in den vergangenen Jahren massiv an Reichweite gewonnen. Dafür braucht es mehr Personal: Es beschäftigt laut Geschäftsbericht 2018 437 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 282 Vollzeitarbeitsplätzen – 41 Stellen mehr als noch vor fünf Jahren.

Klaus Vagt leitet das Kreiskrankenhaus Osterholz seit dem Jahr 1993.

Auch der Zuspruch von Patienten und niedergelassenen Ärzten ist immens gestiegen. Vor diesem Hintergrund soll für die 10,5 Millionen Euro nicht nur ein neuer Gebäudeteil für die Intensivstation entstehen. Vielmehr werden auch die vorhandenen Pflegestationen ergänzt – die Kapazität steigt von 128 auf mehr als 150 Betten.

Dass das Kreiskrankenhaus Osterholz so gut dastehe, „ist eine Entwicklung", sagt Landrat Bernd Lütjen (SPD): „Das hat sich über Jahrzehnte entwickelt." Die Klinik in der Kreisstadt nordöstlich von Bremen habe das Glück, gute Mitarbeiter zu haben. Entsprechend gering, weiß der Landrat, sei die Fluktuation: „Wenn die Pflegekräfte gut drauf sind, sind es auch die Patienten." Damit sei das Kreiskrankenhaus schon so etwas wie ein Leuchtturm, meint Lütjen. Wenn er auf Landratsebene darüber berichte, hätten seine Kollegen „den Mund offen".

Frühe Spezialisierung

Ein wichtiger Grund dafür ist nach Überzeugung von Vagt und Lütjen, dass sich das Krankenhaus frühzeitig über die Grundversorgung hinaus spezialisiert hat. So kooperiert es mit „ambulanten Playern", wie es Vagt nennt. Einer davon ist die Kassenärztliche Vereinigung, deren Bereitschaftsdienst sich in den dortigen Räumen befindet. Darüber hinaus gibt es ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit fünf Facharztplätzen für Urologie, Chirurgie, Pädiatrie, Kardiologie und Gastroenterologie.

Für die Urologie, Chirurgie und Pädiatrie hat das Krankenhaus die Praxen ehemals niedergelassener Ärzte aufgekauft. Die Kardiologie und Gastroenterologie werden über die sogenannten Sonderbedarfszulassungen finanziert. Abrunden können die Osterholzer ihr Patientenangebot durch Chefarzt-Ambulanzen für Onkologie und Gynäkologie.

Damit sei das Krankenhaus auch für die Zukunft gut aufgestellt, meint dessen Leiter. Hintergrund ist aus seiner Sicht, dass unter den Medizinern „die Neigung zur Niederlassung" weiter zurückgehen wird. „Da sind die Krankenhäuser gefordert", sagt Vagt. Belegen kann er dies gleich im eigenen Haus. Denn: Für die aufgekauften Praxen hat sein Haus Fachärzte eingestellt. „Die möchten das machen, wofür sie ausgebildet worden sind: sich um ihre Patienten kümmern", weiß Vagt. Vor diesem Hintergrund hofft der Osterholzer, dass auch andernorts kommunale Kliniken auf dem Land erhalten werden können.

kreiskrankenhaus-osterholz.de

FOTOS: KREISKRANKENHAUS OSTERHOLZ

Auf dem Weg zur papierfreien Visite

Das Krankenhaus Bietigheim ist ein Pilotfeld für die Einführung der digitalen Patientenakte – Oberbürgermeister Jürgen Kessing (SPD) sieht viele Vorteile

Autor Uwe Roth

Auf den Fluren des Krankenhauses sind sie immer häufiger zu sehen: Menschen im weißen Kittel, die auf ihr iPad starren. Doch daraus sollten Patientinnen und Patienten keine falschen Schlüsse ziehen. Die Mediziner googeln nicht ihren nächsten Urlaub. Sie studieren vielmehr die Akte eines Patienten. Sie verfolgen auf dem Display die Fieberkurve, schauen nach den in einer zentralen Datenbank abgelegten Blutdruck- und Pulswerten. Oder sie verschreiben online ein Medikament. Das Klemmbrett mit handschriftlich ausgefüllten und häufig schwer lesbaren Formularen hat ausgedient. Der mobile Visitenwagen ist papierfrei. Stattdessen steht darauf ein Notebook. Arzt und Ärztin haben ihr iPad in der Tasche. Die Zeiten sind vorbei, als sie mit der Visite nicht beginnen konnten, weil die dicke Mappe mit allen wichtigen Patientendaten irgendwo im Haus liegengeblieben war.

Vorteile für Verwaltung und Patient

Das Krankenhaus Bietigheim, 25 Kilometer nördlich von Stuttgart, ist ein Pilotfeld für die Einführung der digitalen Patientenakte. Das 400-Betten-Haus gehört zur Regionalen Kliniken Holding (RKH). Der Klinikverbund verteilt sich über drei Landkreise und wird federführend vom Landkreis Ludwigsburg geführt. Mit 2.600 Planbetten ist die RKH, die 7.700 Menschen beschäftigt, die größte kommunale Krankenhausgesellschaft in Baden-Württemberg.

Wie in allen kommunalen Aufsichtsgremien wird im Kreistag in den Beratungen zum Haushalt jährlich strittig diskutiert, wie viel Geld der Klinikbetrieb kosten darf, um den Haushalt nicht überzustrapazieren. 2017 lag der finanzielle Ausgleich bei zwei Millionen Euro. Das ist nicht viel für die vier Klinikstandorte im Landkreis. Andererseits plant die Holding für deren Modernisierung in den kommenden Jahren Investitionen von 200 Millionen Euro, um im scharfen Wettbewerb zu überleben. Manches Kreistagsmitglied schluckt zweimal, bevor es seine Zustimmung für die Ausgaben gibt. Die konservativen Fraktionen fordern gelegentlich die Privatisierung. Aber das ist eher Drohkulisse, um die Wünsche der Klinikdirektoren im Zaum zu halten.

Für Jürgen Kessing kommt jedenfalls nicht in Frage, die Kliniken einem privaten Unternehmen zu überlassen. Der 62-Jährige ist Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Klinik-Holding. Vor allem ist er Oberbürgermeister von Bietigheim-Bissingen, der Stadt, in der das Pilotprojekt zur Digitalisierung der Patientenakte stattfindet. „Wir haben das Glück, unseren mehr als 43.000 Einwohnern eine Vollversorgung vor Ort anbieten zu können“, stellt er fest. Die digitalisierte Akte bringt nach seiner Überzeugung nicht nur der Verwaltung Vorteile, sondern auch Patienten. Für sie verkürze sich die Wartezeit zwischen den Untersuchungen.

Das akademische Lehrkrankenhaus hat 14 Fachabteilungen, in denen jährlich 50.000 Fälle ambulant und stationär behandelt werden. Für Kessing kommt eine Privatisierung schon deswegen nicht in Frage, weil im kommunalen Krankenhaus sichergestellt sei, dass die knapp 900 Beschäftigten tarifgebunden bezahlt werden. Der Kommunalpolitiker bekennt, es sei oftmals ein Balanceakt, sich dem Fortschritt nicht zu verschließen und gleichzeitig den Schuldendienst im Blick zu behalten. Im Kreistag sei trotz der vorgetragenen Vorteile über die Digitalisierung heftig gestritten worden. Von SPD-Seite sei insbesondere der Umgang mit den sensiblen Patientendaten kritisch hinterfragt worden.

Junger, der neuen Technik zugewandter Klinikleiter: Nicolai Stolzenberger

„Datenschutz war für uns selbstverständlich ein zentrales Thema.“

Nicolai Stolzenberger

Dicke Akten sind Vergangenheit: ein mobiler Visitenwagen im Krankenhaus Bietigheim.

Aufwendige Schulungen

Nicolai Stolzenberger ist seit mehr als einem Jahr Leiter der Klinik. Mit seinen 30 Jahren ist er neuen Techniken gegenüber aufgeschlossen. Papierstapel auf dem Schreibtisch gehören bei ihm nicht zum Workflow. „Datenschutz war für uns selbstverständlich ein zentrales Thema“, versichert er. Die Ausgabegeräte hängen an einem geschlossenen WLan-Netz ohne Zugang zum Internet. Die Patientendaten lagern auf einem klinikeigenen Server und nicht in einer Cloud. Die Technik sei weniger die Herausforderung gewesen. Die Hardware ist Standard und die Software schon länger auf dem Markt. Aufwendig ist die Schulung der vielen Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Vorkenntnissen, wie man mit einem Computer umgeht. Stolzenberger hat festgestellt, dass alle - egal ob Pflege- oder medizinische Kraft – dem Neuen sehr aufgeschlossen seien und das Gelernte umgehend in die Praxis umsetzten.

Der Klinikleiter sieht eine Vielzahl von Nutzen: Wenn das Projekt beendet ist und alle Krankenhäuser des Verbunds mit der Technik ausgerüstet sind, ist die personalaufwendige Archivierung der handschriftlich geführten Patientenakten über Scanner hinfällig. An erster Stelle steht für ihn aber, dass Behandlungsfehler vermieden werden. Die passieren, weil eine Handschrift falsch gelesen wird. Eine Eintragung in die digitale Patientenakte ist im Gegensatz zur Arztschrift immer eindeutig.

Weitere Informationen

rkh-kliniken.de

FOTOS: UWE ROTH; BENJAMIN STOLLENBERG

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Energiewende in der Stadt

Global denken, lokal handeln!

Autor Andreas Rimkus MdB

Ein Bus an einer Wasserstofftankstelle in Berlin: Solche Fahrzeuge können Teil einer Strategie für den Klimaschutz in Kommunen sein.

FOTO: THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK.NET

Wer über die Energiewende redet, darf zu der Gestaltung einer sektorübergreifenden Strategie für den Klimaschutz in den Kommunen nicht schweigen. Die städtischen Räume sind weltweit für rund 70 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich, der Anteil der klimaschädlichen CO_2-Emissionen der Städte liegt bei mehr als 75 Prozent. Diese beiden Zahlen verdeutlichen, dass eine international wie national wirksame Energiewende insbesondere in den Großstädten ansetzen und dort angewendet werden muss.

Für die Kommunen bedeutet dies, dass sie in die Lage versetzt werden müssen, entsprechende Maßnahmen zu identifizieren und diese auch wirtschaftlich umsetzen zu können. Eine dem Umwelt- und Klimaschutz verpflichtete kommunale Vernetzung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität hat dabei zwei bedeutende Vorteile. Zum einen kann gerade Deutschland als starke Volkswirtschaft seine ethische und politische Verantwortung annehmen und zeigen, dass die Energiewende Klimaschutz, Wohlstand und Gerechtigkeit miteinander verbinden kann. Der Erfolg der Energiewende „made in Germany" wäre – anders als Klimaskeptiker und Verteidiger des Stillstands behaupten – ein Meilenstein für das Gelingen einer globalen Klimaschutzpolitik. Zum anderen haben die Kommunen vor Ort ein wohlverstandenes Eigeninteresse an einer progressiven Klimaschutzpolitik. Denn auch in den deutschen Großstädten machen sich die Folgen des Klimawandels und einer Belastung der Umwelt bereits deutlich bemerkbar: Hitzewellen, Starkregen, dreckige Luft und Verkehrslärm. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht ist anzumerken, dass es insbesondere Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen sind, die als Erste von diesen negativen Folgen betroffen sind, da sie an den hochbelasteten Straßen wohnen. Insofern ist kommunaler Umweltschutz auch eine Stärkung der Umweltgerechtigkeit in unserem Land.

Gute Strategie schafft Arbeitsplätze

Was müsste also passieren? Eine kluge Wasserstoffstrategie zum Beispiel würde das Speicherproblem bei der Energiewende lösen und zugleich gut bezahlte Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe schaffen. Mittels des technischen Verfahrens der Elektrolyse kann überschüssiger Strom aus Wind- und Sonnenenergie in Wasserstoff umgewandelt, gespeichert und relativ einfach transportiert werden. Sauberer Wasserstoff könnte in den Kommunen wiederum dafür verwendet werden, die vielfahrenden Flotten im Mobilitätssektor anzutreiben. Wo heute Dieselbusse im ÖPNV oder Verbrennungsmotoren im Taxigewerbe und bei innerstädtischen Liefer- und Nutzfahrzeugen verwendet werden, können zukünftig Wasserstofffahrzeuge mit Brennstoffzellentechnik zum Einsatz kommen. Weiterhin drohende und ungerechte Dieselfahrverbote könnten so abgewendet werden.

Der Bund muss den Kommunen die gesetzlichen und finanziellen Spielräume geben, um die wichtige Umsetzung ihrer Luftreinhaltepläne und Klimaschutzprogramme zu beschleunigen. Emissionsfreie Taxis wären ein wichtiger Beitrag für mehr Umweltschutz und gleichzeitig eine Stärkung des Taxigewerbes, da die Taxiunternehmen gegenüber ihren Kunden ihre Innovationsfähigkeit unter Beweis stellen könnten. Beim Thema emissionsfreie Busse im öffentlichen Personenverkehr sind andere Länder wesentlich weiter als Deutschland. Innerhalb der nächsten zwei Jahre wird beispielsweise die 40.000 öffentliche Busse umfassende Flotte in Peking zu einem Drittel emissionsfrei umgerüstet werden. Die über zwölf-Millionen-Einwohner-starke chinesische Stadt Shenzhen hat innerhalb von acht Jahren sämtliche der knapp 16.500 öffentlichen Busse komplett auf emissionsfreie Antriebe umgerüstet. (Im Vergleich mit Deutschlands Hauptstadt Berlin, in der ca. 1.400 öffentliche Busse verkehren, wurde in Shenzhen somit im Zeitraum von 2010 bis 2018 eine komplett emissionsfreie Flottenerneuerung in der 11,5-fachen Anzahl der Berliner Busflotte realisiert.)

Deutschland muss hier schneller und besser werden. Auch das Wärmen und Kühlen unserer Gebäude muss eine Defossilisierung erfahren. Dazu müssen die kommunalen Fernwärmenetze konsequent ausgebaut und die beispielsweise in Müllverbrennungsanlagen und anderen industriellen Anlagen vor Ort anfallende Wärme in das städtische Fernwärmenetz eingespeist werden. Die technischen Lösungen sind da, jetzt brauchen wir kluge Entscheidungen im Bundestag und auch in den Kommunen.

„In den Großstädten machen sich die Folgen des Klimawandels und einer Belastung der Umwelt bereits deutlich bemerkbar.

Andreas Rimkus,
Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie, ehemaliger Ratsherr der Landeshauptstadt Düsseldorf

V.i.S.d.P.:
Carsten Schneider, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, carsten.schneider@spdfraktion.de

Thomas Jung bleibt Vorsitzender der SGK Bayern

Auch stellvertretende Vorsitzende auf Landesversammlung bestätigt

Auf der Landesversammlung der SGK Bayern am 29. Juni in Nürnberg ist Thomas Jung erneut zum Vorsitzenden gewählt worden. Der 58-jährige Sozialdemokrat bleibt somit für weitere zwei Jahre im Amt. Der Generalsekretär der Bayern-SPD Uli Grötsch gratulierte Jung mit den Worten: „Du bist ein hervorragender Anwalt der Kommunen. Mit Dir an der Spitze wird die SGK ihre großartige Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Die SPD ist die Kommunalpartei, die SGK die starke Gemeinschaft unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker."
Ebenfalls wiedergewählt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden Gisela

Thomas Jung, Oberbürgermeister von Fürth

Niclas, Stadträtin in Erlangen und Bezirksrätin in Mittelfranken, und Norbert Tessmer, Oberbürgermeister der Stadt Coburg. Dasselbe gilt für Schatzmeister Lutz Egerer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Petersaurach, und den Schriftführer Roland Eichmann, Erster Bürgermeister der Stadt Friedberg in Bayern. Neu in den geschäftsführenden Vorstand gewählt wurden Rita Röhrl, Landrätin im Landkreis Regen, sowie Klaus Adelt, Mitglied des Landtags und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Jung ist seit dem Jahr 2002 Oberbürgermeister von Fürth. Zuvor war er Staatsanwalt am Landgericht Nürnberg-Fürth und Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Jung ist verheiratet und Vater von zwei Söhnen. *CFH*

bayernsgk.de

Drei Fragen an …

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sind Drohungen und Attacken gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Worin siehst du deren Ursachen?
Der Mord an Walter Lübcke ist eine abscheuliche Tat. Es kann und darf nicht sein, dass diejenigen, die sich tagtäglich für das Funktionieren unseres Gemeinwesens einsetzen, in ihrem Arbeitsalltag leider immer wieder beschimpft, beleidigt oder sogar körperlich angegriffen werden. Davon betroffen sind nicht nur Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Ratsmitglieder sondern auch Rettungskräfte, Feuerwehrleute sowie Polizistinnen und Polizisten, Mitarbeitende von Ordnungsämtern sowie Busfahrerinnen und Busfahrer ebenso wie Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagieren. Dem müssen wir entschieden entgegentreten. Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Bundespräsident hier sofort sehr klare Worte gefunden hat. Diese Menschen verdienen unser aller Respekt und Wertschätzung. Wir dulden keine Gewalt in unseren Städten und Gemeinden, egal von welcher Seite. Mit den Opfern dieser Angriffe müssen wir solidarisch zusammenstehen.

Welche Rolle spielen soziale Netzwerke dabei?
Durch Populismus, Fake News und Hate Speech gerade im Internet werden immer wieder Hass und Gewalt gesät. Körperlicher Gewalt geht meist sprachliche Gewalt voraus. Wir erleben eine immer stärkere Verrohung von Sprache. Hier hat es bereits eine deutliche Grenzverschiebung gegeben, die immer weiter in Richtung von Gewaltandrohung und Beleidigung geht. Genau das passiert nahezu täglich in den sozialen Netzwerken. Am Ende führt der offen zur Schau gestellte Hass in den Debatten auch zu einer Verrohung im Verhalten.

Mutmaßlicher Mörder von Walter Lübcke ist ein mehrfach vorbestrafter Rechtsextremist. Motiv der Tat war der Einsatz des Opfers für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Was können wir gegen rechte Gewalt tun?
Wir Sozialdemokraten werden nicht nachlassen, Haltung zu zeigen und für Menschenwürde, Toleranz und Gewaltfreiheit in unseren Städten und Gemeinden einzutreten. Diese Werte sind von grundlegender Bedeutung für unser demokratisches und gesellschaftliches Miteinander. Wir bleiben solidarisch mit denjenigen, die unsere Hilfe benötigen und lassen uns nicht vom rechten Mob einschüchtern. Wir müssen wachsam sein und klare Kante gegenüber allen zeigen, die sich nicht an unsere Regeln des demokratischen Zusammenlebens halten. Polizei und Justiz müssen Gewalt – verbale wie körperliche – konsequent strafrechtlich verfolgen. Aber: Sie müssen auch in die Lage versetzt werden, genau das tun zu können.

Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK

Am 19. und 20. Oktober 2019 findet ein Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK in der Franken-Akademie Schloß Schney in Lichtenfels (Bayern) statt. Das Angebot vermittelt Grundlagen für eine erfolgreiche Kommunal- und Direktwahl. Es unterstützt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei, persönliche Stärken gekonnt ins rechte Licht zu setzen und die eigene Persönlichkeit gezielt weiterzuentwickeln. Mit den Workshops und Kurztrainings bekommen sie ein Stärkungspaket für den Erfolgsfaktor Persönlichkeit. Das Intensivseminar richtet sich an alle Genossinnen und Genossen, die sich in der Praxis mit der Frage befassen, wie eine Wahl erfolgreich vorbereitet werden kann – etwa an Interessenten für die Wahlen zur kommunalen Vertretungskörperschaft oder Direktwahlkandidierende für ein Bürgermeisteramt. Mitglieder von Wahlkampfteams und sind ebenso willkommen. Voraussetzung für eine Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der SPD oder der Bundes-SGK. *SGK*

bundes-sgk.de/veranstaltungen

SGK-Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin"

Die Bundes-SGK veranstaltet am 27. und 28. September 2019 wieder das Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus". Die vielen positiven Rückmeldungen belegen: Die Mischung aus dem Dialog mit erfolgreichen Bürgermeisterinnen und der intensiven Betreuung durch erfahrene Trainerinnen schafft einen hohen Mehrwert für die Teilnehmerinnen.
Zu den Praxis-Referentinnen in diesem Jahr zählt unter anderem die Bürgermeisterin der Gemeinde Mettingen Christina Rählmann. Geleitet wird das Seminar von Dr. Hanne Weisensee und Ulla Zumhasch. Gemeinsam werden Karrierewege und Voraussetzungen des Erfolgs für Frauen in der Kommunalpolitik erörtert und individuelle Vorstellungen und Pläne entwickelt. Das Seminarkonzept setzt ganz bewusst auf den persönlichen Austausch und eine dialog- und teamorientierte Arbeitsweise. Das Seminar findet im Bildungs- und Tagungszentrum HVHS in Springe bei Hannover statt. *SGK*

bundes-sgk.de/veranstaltungen-bundessgk

FOTOS: STADT FÜRTH; DIRK BLEICKER

Der gemeinsame Blick in dieselbe Richtung

Noch zu DDR-Zeiten begründeten Erlangen und Jena eine Städtepartnerschaft – und erfanden sie nach 1989 neu

Autor Albrecht Schröter, von 2006 bis 2018 Oberbürgermeister von Jena

Erlangens Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg (stehend) am 15. Dezember 1989 in Jena, Albrecht Schröter, damals Pfarrer (1. Reihe, l.)

Erlangen und Jena haben eine der am engsten verflochtenen Städtepartnerschaften in Deutschland. Die Anfänge dieser lebendigen Bürgerpartnerschaft reichen bis in das Jahr 1970 zurück. Es war der CSU-Stadtrat Claus Uhl, der sich dafür einsetzte, dass eine Partnerschaft zwischen beiden Städten zustande kam. Doch erst 1987 unterschrieb Erich Honecker einen entsprechenden Antrag, den der damalige Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Hirsemann in Ost-Berlin übergeben hatte. Es war die vierte deutsch-deutsche Partnerschaft. In DDR-Zeiten wurde sie von Jenaer Seite als Funktionärspartnerschaft gestaltet, in der lebendige Bürgerbegegnungen nicht erwünscht waren. Die ersten wechselseitigen Antrittsbesuche waren überschattet von der strengen Observanz der Erlanger Gäste durch die Staatssicherheit.

Als sich die Friedliche Revolution Bahn brach und nach der Maueröffnung unumkehrbar wurde, war es mir wichtig, unsere westdeutsche Partnerstadt zu besuchen. Wir wollten als Vertreter der sogenannten Oppositionsparteien baldmöglichst politische Kontakte zu Erlangen aufzunehmen. Nach dem absehbaren Ende der „führenden Rolle" der SED galt es deutlich zu machen, dass künftig neue Kräfte die Entwicklung Jenas bestimmen würden, die sich gern vorstellen wollten. Außerdem brauchten wir dringend Hilfe – vor allem im Bereich medizinischer Versorgung. Immer mehr Menschen verließen unser Land, die Fachkräftesituation in den Krankenhäusern war ebenso desolat wie deren materielle Ausstattung.

DEMO-SERIE

Die Friedliche Revolution setzte 1989 der Herrschaft der SED im Osten Deutschlands ein Ende. Im Jahr darauf folgte die Deutsche Einheit. Beide Ereignisse prägen die Bundesrepublik bis heute. Auch auf kommunaler Ebene: In den neuen Bundesländern wurden Politik, Verwaltung und Wirtschaft neu organisiert. Ganze Landstriche erlebten einen Strukturwandel. Die DEMO-Redaktion erinnert mit einer Artikel-Serie an die Friedliche Revolution und beleuchtet ihre Folgen. *CFH*

Albrecht Schröter

So brach ich mit drei weiteren Oppositionsvertretern am 3. Dezember 1989 zu einer dreitägigen Fahrt nach Erlangen auf – nicht ohne für meinen Trabi Ölvorrat mitzunehmen, damit ich mit dem westlichen Normalbenzin das ebenso anrüchige wie berüchtigte Zweitaktergemisch herstellen konnte. Vor der Begegnung mit dem Oberbürgermeister war ich ein wenig aufgeregt. Ich hatte irgendwie die Vorstellung, dass ein so hoher Amtsträger mit einer gepanzerten Limousine und Bodygards vorfahren würde. Doch nichts dergleichen geschah. Dafür näherte sich ein freundlicher Mensch auf dem Fahrrad und winkte uns schon von Weitem zu. Ich war sehr beeindruckt von der so persönlichen, lockeren und eher informellen Art der Begrüßung und der sich anschließenden Begegnung mit Dietmar Hahlweg. Was nicht hieß, dass es nicht auch protokollarisch zuging. Da gab es ein Programm, das es in den folgenden Tagen tüchtig abzuarbeiten galt. So standen unter anderem Begegnungen mit dem Direktor der 1. Medizinischen Klinik der Friedrich-Alexander-Universität und mit Vertretern der Fraktionen im Erlanger Stadtrat auf dem Programm. Am Schluss gab es wieder einen Termin mit dem Stadtoberhaupt, wo die Ergebnisse der Treffen ausgewertet und nächste Schritte besprochen wurden. Wir haben in den folgenden Jahren sehr viel Unterstützung von Erlangen erfahren.

Nur zehn Tage später, am 15. Dezember, kam der Erlanger Oberbürgermeister zu einem offiziellen Gegenbesuch nach Jena. Seine erste Station galt den Bürgerinnen und Bürgern – nicht seinem Noch-Kollegen OB Hans Span. Die Begegnung fand im Lutherhaus statt, in dem ich als Pfarrer tätig war. Dietmar Hahlweg sprach eindrucksvoll vor 450 Menschen und besuchte anschließend unsere Projektgruppe „Gesundheitswesen", wo es sehr konkret wurde. Anschließend war er mein privater Gast.

Auf gleicher Augenhöhe

Ich beschreibe diese ersten Begegnungen ausführlicher, weil sie typisch sind für Tausende Treffen zwischen Menschen beider Städte seit dieser Zeit. Herzlichkeit, Hilfsbereitschaft, Austausch und das Gemeinsam-nach-vorne-Schauen prägen unsere in Deutschland wohl einzigartige Partnerschaft seit dreißig Jahren. Jährlich am Tag der Deutschen Einheit besuchen sich abwechselnd Hunderte von Bürgern beider Städte, um miteinander zu feiern.

Unsere beiden Städte befruchten sich gegenseitig. Aus einer „Patenschaft" der Erlanger nach 1989 ist längst eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe geworden. Inzwischen holt man sich auch Rat aus Jena. Wir werden künftig dort noch stärker zusammenarbeiten, wo wir über unsere Stadtgrenzen hinaus helfen können – wie zum Beispiel in unseren Partnerstädten in Nicaragua, San Carlos und San Marcos. Frei nach Antoine Saint-Exupéry können wir sagen: „Partnerschaft besteht nicht darin, dass man einander ansieht, sondern dass man gemeinsam in dieselbe Richtung blickt."

FOTOS: STADT ERLANGEN; ALBRECHT SCHRÖTER (PRIVAT)

Anzeige

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall …"

– Edmund Mastiaux, Inhaber

zfm

zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 07-08/2019

Blickt man nur auf die Durchschnittswerte, so können sich die deutschen Kommunen über Haushaltsüberschüsse freuen. Doch zwischen den einzelnen Städten, Gemeinden und Kreisen bestehen große Unterschiede. Viele Städte wirtschaften unter Haushaltssicherungsmaßnahmen.

Atempause für Kommunen

KfW-Kommunalpanel 2019: Im Durchschnitt sind die Kassen voll – die Zukunftsaussichten sind trotzdem trüb

Autor Henning Witzel

Kommunen und ihre Partner

Seit zehn Jahren gibt die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit dem Kommunalpanel Auskunft über die finanz- und investitionspolitische Situation der deutschen Kommunen. Dazu befragt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seit 2009 jährlich Kämmereien von Landkreisen, Städten und Gemeinden mit mindestens 2.000 Einwohnern. In der aktuellen Studie zeigen sich die Effekte der günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre. Dank Wirtschaftswachstum und hohen Steuereinnahmen bewerten 36 Prozent der befragten Kommunen in Deutschland ihre aktuelle Finanzlage als gut bis sehr gut. 47 Prozent berichten von einer mindestens noch ausreichenden oder befriedigenden Kassenlage.

Kommunaler Investitionsrückstand sinkt

Dies spiegelt sich auch in einer gestiegenen Investitionstätigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise wider: 2018 planten die Kommunen Investitionen in Höhe von 34,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 28,2 Milliarden Euro). Der wahrgenommene Investitionsrückstand der Kommunen geht von 158,8 Milliarden Euro zurück auf rund 138,4 Milliarden Euro. Trotz des Rückgangs liegt der Wert aber immer noch auf dem hohen Niveau des Jahres 2015. Schulen bleiben der Bereich mit dem größten Investitionsrückstand, mit 42,8 Milliarden Euro liegt der Bereich vor den Straßen mit 36,1 Milliarden Euro sowie Verwaltungsgebäuden mit 14,0 Milliarden Euro.

Die Haushaltsüberschüsse in vielen Kommunen und eine mehrheitlich gute Finanzlage dürfen nicht über die weiterhin bestehenden Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen hinwegtäuschen. Auch wenn die Zahl gesunken ist, konnten 21 Prozent der Kommunen ihre Haushalte im Jahr 2018 nicht ausgleichen, darunter auffallend viele Großstädte. In Summe lebt damit rund ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands in einer Kommune, die nur unter Haushaltssicherungsmaßnahmen wirtschaften kann.

Bauvorhaben, die nicht umgesetzt werden können

Und auch wenn die Investitionstätigkeit gestiegen ist: Die überwiegende Mehrheit der Kommunen kann ihre Bauvorhaben nicht im geplanten Umfang umsetzen. 83 Prozent der Städte, Gemeinden und Landkreise meldeten in der KfW-Befragung, im Jahr 2018 nicht alle geplanten Investitionsausgaben auszahlen zu können. Ein Hauptgrund dafür liegt in der hohen Auslastung von Bauunternehmen und Handwerksbetrieben. Bei ihnen fehlen angesichts des seit Jahren andauernden Baubooms in Deutschland immer häufiger die Kapazitäten für neue kommunale Projekte.

Darüber hinaus mangelt es oft auch an Personalkapazitäten in den Kommunalverwaltungen, sodass Investitionsvorhaben nicht geplant, Fördermittel nicht beantragt und Aufträge nicht ausgeschrieben werden können. In der Folge konnte deshalb im vergangenen Jahr rund ein Drittel der geplanten Investitionen nicht umgesetzt werden. Obwohl sich so nicht alle Investitionsprojekte innerhalb des Haushaltsjahres realisieren lassen, sind doch viele Vorhaben zumindest geplant oder bereits begonnen worden und die befragten Kämmereien bewerten ihren ungedeckten Investitionsbedarf optimistischer.

Regionale Unterschiede bleiben bestehen

Ein seit Jahren zentraler Befund des KfW-Kommunalpanels sind die bestehenden großen regionalen Unterschiede. Diese zeigen sich weiterhin nicht nur in der Höhe, sondern auch in den Ursachen des Investitionsrückstands: Während in finanzstarken Städten,

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/TAKASU

Kreisen und Gemeinden eher temporäre Einflussfaktoren wie zum Beispiel die Auslastung am Bau zusätzliche Investitionen erschweren, sind es in finanzschwachen Kommunen weiterhin eher strukturelle Probleme bei der Finanz- und Personalausstattung. Hier konnte auch das gegenwärtig sehr gute konjunkturelle Umfeld keine nachhaltige Verbesserung schaffen.

Pessimistischer Blick in die Zukunft

Im aktuellen KfW-Kommunalpanel deutet sich ein Wendepunkt an: Waren die Erwartungen zur zukünftigen Entwicklung der Finanzsituation in den Vorjahren stets besser als bei den jeweils vorangegangenen Befragungen, ist in diesem Jahr ein deutlicher „Stimmungsknick" zu erkennen. Die getrübten Erwartungen der Kämmereien für die nächsten Jahre spiegeln die verhaltenen Konjunkturaussichten. Zwar ist der Gesamtausblick beim Investitionsrückstand insgesamt noch positiv: 42 Prozent der Kommunen rechnen mit einem weiteren Rückgang, nur 25 Prozent mit einer Zunahme. Beim Blick auf die zukünftige Haushaltslage ist ein Großteil der Kommunen allerdings das erste Mal seit dem Jahr 2010 wieder deutlich pessimistischer. 40 Prozent erwarten eine sehr oder eher nachteilige Entwicklung ihrer Finanzsituation.

Dr. Stephan Brand, Kommunalexperte bei KfW Research, erklärt: „Die gute Konjunktur und die bessere Haushaltslage hat vielen Städten, Kreisen und Gemeinden eine Atempause verschafft. Der kommunale Investitionsrückstand sinkt wieder. An den strukturellen Problemen hat sich vielerorts jedoch wenig geändert. Angesichts der konjunkturellen Unsicherheiten drängt allmählich die Zeit. Es müssen Lösungen gefunden werden, die die Investitionstätigkeit der Kommunen dauerhaft verbessern. Sonst öffnet sich die Schere zwischen den Regionen mit guter Infrastruktur einerseits und abgehängten Regionen andererseits immer weiter."

Vor diesem Hintergrund bleibt spannend, ob sich die Erwartungen der Mehrheit der Kommunen bewahrheiten werden, die trotz der gestiegenen konjunkturellen Risiken für die meisten Aufgabenbereiche von einem weiteren Abbau des Investitionsrückstands in den nächsten Jahren ausgehen.

„An den strukturellen Problemen hat sich vielerorts wenig geändert.

Stephan Brand,
KfW Research

Der Investitionsrückstand im Bereich der Straßeninfrastruktur liegt bei 36,1 Milliarden Euro.

kfw.de/kommunalpanel

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/HYDEBRINK

IMPRESSUM

ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH,
Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@ask-berlin.de

Projektleitung/Anzeigen:
Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Carl-Friedrich Höck

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG,
Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Anzeige

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 07-08/2019

Kommunalfinanzierung online

Digitale-Plattformen vermitteln zwischen Kommunen und Kapitalgebern

Autor Till Rasch

Immer mehr Kommunen setzen auf digitale Kredit-Marktplätze.

Digitale Verwaltung, eGovernment und Kommune 4.0: Diese Begriffe begleiten Bürgermeister und Kämmerer heutzutage fast täglich. Auch bei der Kommunalfinanzierung verschwindet das Fax mehr und mehr aus den Amtsstuben. Bei der Vermittlung von Kommunalkrediten werden von Kommunen und Kapitalgebern zunehmend digitale Lösungen eingesetzt. Die Kredit-Ausschreibungen erfolgen zunehmend per Mail oder sogar online.

Kommunal-Barometer

Laut einer aktuellen Studie waren es im Vorjahr noch 43 Prozent der Kommunen und kommunalen Unternehmen, die ihre Kredite per Fax ausschrieben. In diesem Jahr verringert sich der Wert auf 34 Prozent. Neben den dominierenden Einzel- und Sammelausschreibungen per Mail setzt jeder fünfte Kämmerer bereits auch auf digitale Kredit-Marktplätze. Für die Studie hat das Münchner Unternehmen CommneX zusammen mit der TU Darmstadt mehr als 170 Experten aus Kommunen, kommunalen Unternehmen und Finanzinstituten befragt.

„Bei den Kommunen findet derzeit ein Umdenken statt. Immer mehr Städte und Gemeinden erkennen heute die Vorteile einer digitalen Finanzausschreibung“, fasst CommneX-Geschäftsführer Friedrich v. Jagow die Studienergebnisse zusammen. Im Vordergrund steht dabei die Zeitersparnis. Bei knapp jedem fünften für die Studie befragten Kämmerer dauert die Bearbeitung einer Kreditausschreibung – von der Erstellung bis zum Zuschlag – heute im Durchschnitt noch vier Stunden oder länger.

Auf Online-Marktplätzen nimmt dieser Prozess deutlich weniger Zeit in Anspruch. Für die Ausschreibung, die Prüfung und die Auswahl des passenden Angebotes sind nur noch wenige Minuten nötig. Vor allem der zeitaufwendige Prozess des Marktvergleiches wird erheblich verkürzt, da die Plattformen auch automatisch verschiedene Tilgungsstrukturen, Laufzeiten und Zinsbindungsfristen gegeneinander rechnen können. „Digitale Kredit-Marktplätze gewinnen in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung, auch weil der Bekanntheitsgrad in Städten und Gemeinden stetig steigt. Diese Schnittstelle zwischen öffentlicher Finanzverwaltung und dem Finanzmarkt wird sich in deutschen Kämmereien weiter etablieren“, ist Prof. Dr. Dirk Schiereck von der TU Darmstadt überzeugt. Er hat das „Kommunal-Barometer” auch in diesem Jahr wissenschaftlich begleitet.

Kreditgeber tun sich schwer

Städte und Gemeinden sind attraktive Kreditnehmer. Der Kreditmarkt in diesem Bereich umfasst – inklusive der Kommunalunternehmen – ein Volumen von rund 290 Milliarden Euro. Die Online-Kreditplattformen bieten für Banken und Kommunen neue effiziente Wege. Sie vermitteln nur zwischen Kreditnehmer und Kapitalgeber, sind selbst jedoch keine Vertragspartei. Inzwischen gibt es mehrere Anbieter, die sich an den Bedürfnissen der öffentlichen Hand orientieren: Hier treffen sich Angebot und Nachfrage und werden – zugeschnitten auf die Bedürfnisse beider Seiten – zusammengebracht.

Gerade wegen ihrer hohen Standardisierung können die Kreditausschreibungen von Kommunen durch eine weitere Digitalisierung des Prozesses zusätzlich Transparenz und somit Effizienz generieren. Onlinebasierte Kreditplattformen bringen öffentlich-rechtliche Kreditnehmer und institutionelle Kapitalgeber und Banken in Echtzeit zusammen. Dadurch wird der Prozess der Finanzmittelbeschaffung nicht nur deutlich vereinfacht, sondern auch wesentlich transparenter. Das lohnt sich für beide Seiten. Aus Sicht der aufnehmenden Kommune, weil gleichzeitig eine Vielzahl von Investoren angesprochen werden kann. Mit wenigen Klicks lässt sich die Finanzierungsanfrage auf einen bestimmten Kreis beschränken oder ausweiten. Nicht nur die Preise, sondern auch die jeweiligen Vertragsparameter können miteinander verglichen werden. So kann das Ergebnis als neutraler Nachweis der Konditionsfindung gegenüber Gremien genutzt werden.

Auch seitens des Kreditgebers bieten sich durch die Standardisierung signifikante Vorteile. Der einheitliche Qualitätsstandard erleichtert zudem den Zugang für Kreditgeber. Viele Banken, aber genauso Versicherungen und Pensionsfonds, die bisher nicht in dem Segment der Kommunalfinanzierung tätig waren, nutzen entsprechende Plattformen bereits.

komuno.de
commnex.de
loanboox.de

KREDITE

66

Prozent der Kämmerer geben an, dass sich die Finanzierungssituation ihrer Kommune in den vergangenen fünf Jahren verschlechtert hat.

QUELLE: KOMMUNALBAROMETER TU DARMSTADT/COMMNEX

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/MOMIUS

ASK Berlin

Wir machen Inhalte
zu Botschaften.

Projekte mit den Bürger_innen gemeinsam entwickeln und umsetzen.

Wir bieten beteiligungsorientierte Veranstaltungen und Kommunikations-konzepte aus einer Hand.

BERATUNG

Kommunikations- und Beteiligungskonzepte, Strategieentwicklung

VERANSTALTUNGEN

Open Space, Zukunftswerkstätten, Bürgerdialoge

REDAKTION

Broschüren, Magazine, Flyer, Beiträge für Print und Online

ASK.Berlin

Die Agentur mit der sozialdemokratischen DNA: verlässlich, kompetent, bodenständig.

Kontakt

Thomas Mühlnickel · Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen · Leiter Verkauf und Kommunikation
eighteen@ask-berlin.de

030 / 740 731-600

www.ask-berlin.de

Ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH · Bülowstraße 66 · 10783 Berlin

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 07-08/2019

Kommunales Risikomanagement

Der Versicherungsmarkt bietet Kommunen eine riesige Produktpalette – doch welche Absicherung macht Sinn?

Autor Hans-Joachim Schmidt, Leiter Beratungsdienst, GVV-Kommunalversicherung VVaG

Gesetzgebung, Rechtsprechung, politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen verändern laufend die Rahmenbedingungen und Inhalte kommunaler Tätigkeit – und damit die Risikosituation. Dem Risikopotenzial entsprechend bietet eine Vielzahl von Versicherungsunternehmen ein breites Angebot zur Absicherung. Die Produktpalette auf dem Versicherungsmarkt für Kommunen und kommunale Gesellschaften erweitert und verändert sich ständig. Doch welche Produkte sind die richtigen für die kommunale Risikoabsicherung, welche sind unbedingt erforderlich, wie preiswert beziehungsweise teuer ist Versicherungsschutz?

Fragen wie diesen müssen sich Kommunen und auch kommunale Unternehmen im Rahmen ihres Risikomanagements stellen. Bund und Länder tragen ihre finanziellen Risiken grundsätzlich aus der Staats- bzw. Haushaltskasse. Kommunen und kommunale Unternehmen können das nicht. Aus diesem Grund haben Städte, Gemeinden, Landkreise und kommunale Unternehmen vor über 100 Jahren eine spezielle Selbstversicherung geschaffen, die kommunale Risiken als Solidar- und Gefahrengemeinschaft trägt, die GVV-Kommunalversicherung VVaG. Mittlerweile sind mehr als 7.000 Städte, Gemeinden, Kreise, Samtgemeinden, Amtsverwaltungen, kommunale Unternehmen und Sparkassen Mitglieder ihrer Kommunalversicherung.

Sie versteht Versicherung kommunaler Risiken nicht nur als finanzielle Absicherung, sondern auch als Beratung und Problemlösung. Spezialisten aus den Fachbereichen mit besonderem Know-how beurteilen beispielsweise Risiken aus der Amtshaftung, aus der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, aus dem Betrieb von Krankenhäusern, Schulen, aus Bauvorhaben, Umweltbelastungen, Eigenschäden, Haftung der Organe und Mitarbeitern und vieles mehr. Die Kommunalversicherung unterhält einen Beratungsdienst, welcher die Mitglieder vor Ort provisionsunabhängig berät.

Hans-Joachim Schmidt

Die Beratung der Kommunen, kommunalen Unternehmen und Sparkassen erstreckt sich insbesondere auf:

- Ermittlung von Risiken, Risikobeurteilung
- Ermittlung des Versicherungsbestandes und des Versicherungsbedarfs
- Feststellung von Versicherungslücken und Darstellung der Versicherungsmöglichkeiten
- Feststellung von Über- beziehungsweise Unterversicherung
- Darstellung von Maßnahmen zur Schadenverhütung

Der Beratungsdienst versucht, notwendigen Versicherungsschutz sinnvoll zu gestalten und dabei Ausgabeeinsparungen zu realisieren, soweit dies haushaltsrechtlich vertretbar ist. Hier wird besonders darauf geachtet, dass Versicherungsschutz dann eingekauft wird, wenn dies eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung ist. Das Einsparen von Versicherungsbeiträgen ist dann keine wirtschaftliche Option, wenn dadurch exponierte Schadenrisiken in den Haushalt verlagert werden.

Die Erkenntnisse aus einem Beratungsgespräch werden auf Wunsch in einem schriftlichen Gutachten zusammengefasst und mit entsprechenden Handlungsempfehlungen verbunden. Auf dieser Basis können Kommunen und kommunale Unternehmen dann ihre Entscheidungen zum Risikomanagement treffen.

Die Beratung ist kostenfrei und gehört zur Versicherungsdienstleistung der Kommunalversicherung. Die Berater sind bei ihr beschäftigt und verfolgen keine eigenen wirtschaftlichen Interessen. Sie verfügen über einen guten Marktüberblick, so dass sie die Wirtschaftlichkeit bestehender Verträge sachgerecht bewerten können. Bereits hier beginnt die Einsparung kommunaler Finanzmittel. Denn im Gegensatz zum Beratungsdienst muss eine solche Dienstleistung bei freien Versicherungsberatern oder Maklern regelmäßig bezahlt werden.

Neben der individuellen Beratung von Kommunen und kommunalen Unternehmen gehört es auch zu den Aufgaben des Beratungsdienstes, die Mitarbeiter der Kommunen und kommunalen Unternehmen zu schulen. Hier bietet die Kommunalversicherung über den Beratungsdienst jährliche Seminarveranstaltungen für Führungskräfte und Versicherungssachbearbeiter an. Zusätzlich werden in sogenannten Inhouseseminaren unter anderem folgende Themen angeboten:

- „Haftung und Risiken kommunaler Entscheidungsträger“
- „Haftung und Risiken der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr“
- „Haftung und Risiken in kommunalen Kindergärten“
- „Haftung und Risiken im Bauhof/Winterdienst“ und so weiter.

Wer haftet, wenn es schief geht? Für die kommunale Risikoabsicherung gibt es eine Vielzahl von Angeboten.

FOTOS: GVV; STOCK.ADOBE.COM/GECKO STUDIO

gvv.de

JETZT ABONNIEREN

Tag für Tag erstklassiger Journalismus für alle wichtigen Themen in der kommunalen Wirtschaft.

> jeden Monat neu
> Leitmedium der Stadtwerke
> E-Paper für unterwegs, auch im Ausland
> geballte Informationen rund um die kommunale Wirtschaft

Unser DIGITAL-ABO

Für 24,90 €/Monat erhalten Sie Zugang zu den „ZfK +"-Inhalten und das monatliche E-Paper.

Unser KOMBI-ABO

Für 29,90 €/Monat erhalten Sie das Gesamtpaket – Zugang zu den „ZfK+"-Inhalten plus Print-Ausgabe und E-Paper.

Mit dem größten **Stellenmarkt** der Branche!

ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft

zfk-abo@vuservice.de | www.zfk.de/abo | 06123 / 92 38 243

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 07-08/2019

Solche Folgen ungeplanter Verstädterung und erfolgloser städtebaulicher Gestaltung sind in vielen Städten zu beklagen.

Kommunen nachhaltig gestalten – weltweit

Internationale Städtepartnerschaften leisten einen wichtigen Beitrag, die Folgen der Urbanisierung zu meistern

Autor Henning Witzel

Ob in Deutschland, Osteuropa, Afrika, Asien oder Lateinamerika – überall stehen Städte, Gemeinden und Landkreise vor ähnlichen Herausforderungen: Klimawandel, Migration, Abfallentsorgung, Mobilität und Ressourcenverbrauch sind nur einige der Brennpunktthemen unserer Zeit, die besonders durch eine schnelle Urbanisierung geprägt ist. Eine zukunftsweisende Stadtentwicklung ist daher ein wesentlicher Schlüssel, um die globalen Klimaschutzziele und die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) zu erreichen. Sie ist daher auch ein wichtiges Handlungsfeld der deutschen Entwicklungspolitik. Derzeit werden städtische Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 15 Milliarden Euro in mehr als 50 Ländern durchgeführt.

Die Agenda 2030 und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie zählen auf engagierte Städte, Gemeinden und Landkreise. Ganz gleich, ob in Deutschland oder im Globalen Süden, die neuen Nachhaltigkeitsziele der UN sind ein Appell an jede einzelne Kommune, ihre Mitverantwortung wahrzunehmen. Die Entwicklungspolitik trägt dazu bei, die für die Städte bedeutsamen Dimensionen der international vereinbarten Ziele konkreter zu fassen und Wege zu ihrer Erreichung zu erarbeiten. Dabei sind aus deutscher Sicht drei Kernaufgaben von besonderer Bedeutung:

- Städte als Entwicklungsakteure anerkennen und befähigen,
- lebenswerte Städte für Menschen schaffen und
- integrierte Stadtentwicklung verwirklichen.

Ziel der deutschen Entwicklungspolitik im Bereich Stadtentwicklung ist es, die Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern und den Bürgern politische und wirtschaftliche Beteiligung zu ermöglichen. Negative ökologische Folgen des städtischen Wachstums sollen begrenzt, die natürlichen Grundlagen der Städte und ihres Umlandes erhalten und die Potenziale der Städte für die Entwicklung des Landes genutzt werden.

Kommunale Partnerschaften weltweit

Partnerschaften zwischen deutschen Kommunen und Kommunen aus dem globalen Süden sind ein wichtiger Faktor für die Entwicklungszusammenarbeit. Deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise verfügen aufgrund der ausgeprägten Selbstverwaltung über umfangreiche Kompetenzen, die für die Partnerstädte wertvoll sind. Umgekehrt profitieren auch die deutschen Kommunen von internationalen Erfahrungen.

Es gibt bereits mehr als 400 kommunale Partnerschaften, in denen Kooperationen zwischen Verwaltungen, aber auch zwischen Zivilgesellschaft, Universitäten und der Wirtschaft gelebt werden. Kommunale Fachleute unterstützen ihre Partnerkommunen durch Fach- und Erfahrungswissen auf Augenhöhe darin, ihre Aufgaben besser wahrzunehmen.

> **Wenn er gut geleitet wird, kann der Verstädterungsprozess Antrieb für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sein.**
>
> Abschlussbericht zum „World Urban Forum" 2010 in Rio de Janeiro

Kommunen wollen Zukunftsfragen gemeinsam meistern

Die internationalen Partnerschaften leisten einen wichtigen Beitrag, um in den Kommunen aus Partnerländern die kommunale Dienstleistungserbringung und die lokale Regierungsführung zu verbessern, Kooperationsstrukturen der Partnerkommunen tragfähiger zu gestalten und zivilgesellschaftliches Engagement auszubauen. Darum sind auch Kommunen in Deutschland aufgefordert, weltweit Kontakte zu knüpfen und Projekte auf den Weg zu bringen. Durch kommunale Freundschaften und Partnerschaften können große und kleine Zukunftsfragen der Kommunen weltweit besser gelöst werden.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global unterstützt Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland auf Ihrem Weg zur kommunalen Partnerschaft. Sie bietet Beratung zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik und hilft internationale Kontakte anzubahnen. Kommunen finden dort Unterstützung für Ihre Ideen rund um Nachhaltigkeit, Entwicklung, internationale Zusammenarbeit und Partnerschaft.

Ziel sind lebenswerte Städte, die vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für Menschen bieten. Die gegenwärtige Verstädterung und die mit ihr einhergehenden sozioökonomischen Veränderungen sollen nicht zu einer Hypothek, sondern zu einer Chance für zukünftige Generationen werden. Es gilt, weltweit allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen Zugang zu Infrastruktur, Dienstleistungen und Wohnraum zu verschaffen. Zugleich müssen der Ressourcenverbrauch gesenkt und unumkehrbare Umwelt- und Klimaschäden vermieden werden.

skew.de
giz.de

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/YAVUZSARIYILDIZ

Schneller Neubau in Idstein

Modulares und serielles Bauen gelten als innovative Instrumente in Zeiten des Wohnungsmangels

Autor Till Rasch

Es ist ein ungewöhnliches Projekt der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft KWB, die im hessischen Idstein neun Wohnungen in modularer Bauweise errichtet hat. Anfang April 2019 wurde die Fertigstellung des Bauprojekts gefeiert und die ersten Sozialmieter konnten einziehen. Die KWB hat als erstes Unternehmen die neue Rahmenvereinbarung für serielles und modulares Bauen in Anspruch genommen, die vom Gesamtverband der Wohnungswirtschaft (GdW) im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Bundesbauministerium, der Deutschen Bauindustrie und der Bundesarchitektenkammer ins Leben gerufen wurde.

Schnelles Bauen zum Festpreis

Ein großer Vorteil der Rahmenvereinbarung des GdW ist, dass ein Festpreis zugesichert wird. So besteht Planungssicherheit, dass sich das Projekt bei unvorhergesehener Verzögerung nicht verteuert. Außerdem werden so neue Baukapazitäten generiert. Ein weiterer Vorteil der Modulbauweise ist die extrem kurze Bauzeit. Das Mehrfamilienhaus in Idstein wurde in acht Wochen errichtet und war nach knapp vier Monaten bezugsfertig.

Für das Bauprojekt in Idstein wurden Stahlbeton-Raum-Module in Massivbauweise per Sattelschlepper an die Baustelle gefahren. Per Kran wurden die Module aufeinandergestapelt und verbunden. Binnen vier Tagen war der Rohbau damit vollendet. Fenster, Bäder, haustechnische Installationen wie Elektro, Heizung und Trinkwasser waren bei Anlieferung der Module bereits fertiggestellt. Die Baukosten liegen bei rund 2.350 Euro pro Quadratmeter. „Für uns war die Kostensicherheit bei gleichzeitig hoher Qualität des Bauwerks ein entscheidender Vorteil für das Projekt“, erklärte Ditmar Joest, Geschäftsführer der KWB. „Ganz wichtig war jedoch auch die kurze Bauzeit und die damit einhergehende kürzere Belastung der Nachbarschaft. Dies hat erheblich zur Akzeptanz des Bauprojektes beigetragen.“

Enormer Bedarf an Wohnraum

Das große Interesse belegt, dass die GdW-Rahmenvereinbarung eine gute Lösung für die vielfältigen Herausforderungen im Wohnungsbau liefert. Das Projekt der KWB in Idstein zeigt beispielhaft, wie schnell bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Zudem entstehen auch optisch ansprechende Gebäude, die sich nicht von Mehrfamilienhäusern klassischer, ebenfalls massiver Bauweise unterscheiden. „Wir haben unseren Beitrag geleistet, jetzt ist die Politik am Zug. Wir brauchen bundesweit einheitliche Typengenehmigungen, damit Projekte wie das der KWB in Zukunft mit einer einzigen Genehmigung an vielen verschiedenen Standorten gebaut werden können“, so Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

> **Das serielle Bauen ist eines von mehreren Instrumenten im Werkzeugkoffer der Wohnbauförderung.**
>
> Barbara Ettinger-Brinckmann, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer

Laut einer Studie werden allein in Hessen bis zum Jahr 2040 knapp 500.000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Doch der Wohnungsbedarf ist nicht nur in Hessen seit Jahren hoch. Die Zahl der neu gebauten Wohnungen steigt zwar seit einigen Jahren leicht an, ist jedoch noch weit davon entfernt, den Bedarf zu decken. „Das knappe Angebot trägt dazu bei, dass die Preise für Wohnen steigen. Verstärkte Neubautätigkeit ist der einzige Schlüssel, hier Abhilfe zu schaffen. Daneben müssen jedoch auch zwingend Lösungen gefunden werden, die das Bauen vereinfachen, beschleunigen und günstiger machen“, sagt Dr. Axel Tausendpfund, Vorstand des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, anlässlich der Fertigstellung des Bauprojekts in Idstein. „Die serielle und modulare Bauweise ist ein innovativer Beitrag zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum.“

https://web.gdw.de/wohnen-und-stadt/serielles-bauen/seriellesbauen

Anzeige

Zum **1.3.2020** suchen wir wegen der Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers einen neuen

Vorstand (m/w/d) **für die KGSt.**

Die Position wird nach Besoldungsgruppe **B 9 (NRW)** vergütet.

WAS WIR ERWARTEN:

- Sie sind eine fachlich und menschlich überzeugende Persönlichkeit.
- Sie verfügen über ein abgeschlossenes, einschlägiges wissenschaftliches Hochschulstudium oder die Befähigung zum Richteramt oder über einen Fachhochschul- / Bachelorabschluss öffentliche Verwaltung bei exzellenten Fachkenntnissen und die Fähigkeit, wissenschaftlich zu arbeiten.
- Sie weisen eine starke Affinität zum zentralen Thema digitale Transformation der Kommunen auf und stehen persönlich für ein sehr gutes fachliches und intellektuelles Niveau in der KGSt-Arbeit.
- Sie haben langjährige Kommunalerfahrung in leitender Position und verfügen über eine hohe Motivation, kommunale Aufgaben mitzugestalten.
- Sie sind authentisch, geradlinig, kommunikativ, kontaktfreudig und verbindlich.
- Sie denken und handeln unternehmerisch und verfügen über eine hohe Managementkompetenz sowohl für unseren kommunalen Fachverband selbst als auch für die Unterstützung unserer Mitglieder.
- Flexibilität im Hinblick auf unterschiedlichste Fachthemen, Gesprächspartner und Einsatzorte zeichnet Sie aus.
- Ihre Führungskompetenz befähigt Sie dazu, die sehr kreativen, fachlich fähigen und individuellen Persönlichkeiten in der KGSt als erfolgreiches Team mit der notwendigen Mischung aus Verständnis für individuelle Belange und Konsequenz in der Durchsetzung der Gesamtstrategie der KGSt zu führen.
- Ihr Dienstsitz ist Köln.
- Sie bringen die Bereitschaft zu Dienstreisen innerhalb unseres Verbandsgebietes mit.

WAS WIR BIETEN:

- Neben der Vergütung nach Besoldungsgruppe B 9 (NRW) eine monatliche Aufwandsentschädigung und einen Dienstwagen, den Sie im Rahmen der steuerlichen Regelungen auch privat nutzen können.
- Eine außerordentlich vielfältige und interessante Tätigkeit mit einem sehr engagierten und fähigen Team. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gremien der KGSt, die von der gemeinsamen Zielsetzung einer erfolgreichen Arbeit der KGSt getragen wird.
- Einen sehr großen Gestaltungsspielraum für Ihre eigene und die Arbeit des KGSt-Teams.

Über Ihre Bewerbung freuen wir uns.

Schicken Sie diese bitte bis zum **1.10.2019** an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der KGSt:

Herrn Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
persönlich
Deutscher Landkreistag
Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstr. 11
10785 Berlin

Fügen Sie bitte Nachweise über Veröffentlichungen und Vorträge bei.

Die Wahl des neuen Vorstandes wird in der Verwaltungsratssitzung am 21. und 22.10.2019 erfolgen.

Flucht in die Floskel

Warum Politiker oft auf Phrasen zurückgreifen

Der Wahlkampf von Peer Steinbrück im Jahr 2013 war ein Lehrbeispiel. Der SPD-Kanzlerkandidat war als Klartextpolitiker angetreten, der die Dinge beim Namen nennt – ein Gegenentwurf zu Angela Merkel. Doch seine Authentizität wurde ihm zum Verhängnis. Schnell galt er als abgehoben, weil er offen darüber gesprochen hatte, keinen Wein unter fünf Euro zu trinken. Als er sich dann auch noch selbstironisch mit Stinkefinger fotografieren ließ, wurde ihm Kontrollverlust attestiert.

Der FAZ-Journalist Oliver Georgi entlarvt in seinem Buch die Widersprüche von Medien und Wählern, die sich über Floskeln und stromlinienförmige Politiker beschweren. Denn oft genug machten sie aus jeder provokanten Äußerung einen Skandal, aus kleinen Streitigkeiten eine Regierungskrise. Also flüchteten sich Politiker in inhaltsleere Formulierungen, um nicht anzuecken. Die Demokratie aber brauche den offen ausgetragenen Konflikt, klare Sprache und Differenzierung, meint Georgi. Und appelliert an die Gesellschaft: Wer sich authentische Politikerinnen und Politiker wünsche, müsse diese auch aushalten lernen. *CFH*

Oliver Georgi:
Und täglich grüßt das Phrasenschwein. Warum Politiker keinen Klartext reden – und wieso das auch an uns liegt
Dudenverlag, 2019, 224 Seiten,
18,00 Euro, ISBN 978-3-411-71776-7

Wahlen

In Schramberg wurde die parteilose **Dorothee Eisenlohr** am 7. Juli zur neuen Oberbürgermeisterin gewählt. Sie überzeugte 67,6 Prozent der Wählenden, Amtsinhaber Thomas Herzog (auch parteilos) kam auf 29,5 Prozent.

In Ludwigsburg ist Oberbürgermeister Werner Spec (parteilos) nach 16 Jahren im Amt abgewählt worden. Aus dem Urnengang am 30. Juni ist **Matthias Knecht** mit einem Wahlergebnis von 58,5 Prozent als Sieger hervorgegangen. Der ebenfalls parteilose Kandidat wurde von SPD, CDU und den Grünen unterstützt.

Am 16. Juni wurden zahlreiche neue Oberbürgermeister und Landräte per Stichwahl bestimmt. Im Folgenden eine Übersicht über die Wahlsieger:

Oberbürgermeisterwahl in Wiesbaden: **Gert-Uwe Mende** (SPD), 61,8 Prozent.

Landratswahl im Kreis Alzey-Worms: **Heiko Sippel** (SPD), 51,0 Prozent.

Bürgermeisterwahl in Stade: **Sönke Hartleff** (CDU), 55,4 Prozent.

Bürgermeisterwahl in Lehrte: **Frank Prüße** (CDU), 51,2 Prozent.

Oberbürgermeisterwahl in Rostock: **Claus Ruhe Madsen** (parteilos), 57,1 Prozent.

Oberbürgermeisterwahl in Görlitz: **Octavian Ursu** (CDU), 55,2 Prozent.

Oberbürgermeisterwahl der Stadt Aue-Bad Schlema: **Heinrich Kohl** (CDU), 42,0 Prozent – hier genügte eine einfache Mehrheit.

Oberbürgermeisterwahl der Stadt Ellwangen: **Michael Dambacher** (CDU), 65,7 Prozent.

Landratswahl für den Landkreis Grafschaft Bentheim: **Uwe Fietzek** (CDU), 51,9 Prozent.

Landratswahl für den Landkreis Lüneburg: **Jens Böther** (CDU), 50,2 Prozent.

Landratswahl für den Landkreis Osnabrück: **Anna Kebschull** (Bündnis 90/Die Grünen), 52,2 Prozent.

Bürgermeisterwahl in Neustadt am Rübenberge: **Dominic Herbst** (Bündnis 90/Die Grünen), 59,6 Prozent.

Termine

Städtebaulicher Denkmalschutz 2019
27.08.2019 – 28.08.2019, Dresden
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE

1. Deutscher Frauenkongress kommunal
03.09.2019, Mainz
dstgb.de

Der Demografiekongress 2019
05.09.2019 – 06.09.2019, Berlin
der-demografiekongress.de

Tag des offenen Denkmals
08.09.2019, bundesweit
tag-des-offenen-denkmals.de

Fachtagung „Pestizidfreie Kommune"
09.09.2019 – 10.09.2019, Dessau-Roßlau
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE

Leistbare Stadt
09.09.2019 – 10.09.2019, Berlin
difu.de/12300

Bewegung in der Stadt
11.09.2019, Ingelheim am Rhein
dstgb.de/veranstaltungen

Fachkonferenz „Kommunen innovativ"
11.09.2019 – 12.09.2019, Halle/Saale
kommunen-innovativ.de

KommTec – Messe für Kommunaltechnik
12.09.2019 – 13.09.2019, Offenburg
kommtec.de

VKU-Stadtwerkekongress 2019
17.09.2019 – 18.09.2019, Kassel
vku-akademie.de/veranstaltungen

13. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik
18.09.2019 – 20.09.2019, Stuttgart
nationale-stadtentwicklungspolitik.de

3. Deutscher Kommunalradkongress
19.09.2019, Göttingen
kommunalradkongress.de

Beschaffungskonferenz 2019
19.09.2019 – 20.09.2019, Berlin
beschaffungskonferenz.de

Lange Nacht der Volkshochschulen
20.09.2019, bundesweit
100jahre-vhs.de

52. Seminar für städtische Pressearbeit und Kommunikation
25.09.2019 – 27.09.2019, Baden-Baden
städtetag.de/veranstaltungen/

Fachtagung „Geliebtes Grün, gelebtes Grün"
26.09.2019, Bonn
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE

Kommunale 2019
16.10.2019 – 17.10.2019, Nürnberg
kommunale.de

Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK
19.10.2019 – 20.10.2019, Schloß Schney (Bayern)
bundes-sgk.de/veranstaltungen

10. DEMO-Kommunalkongress
21.11.2019 – 22.11.2019, Berlin
www.demo-kommunalkongress.de

Anzeige

Die SPD-Fraktion im Frankfurter Rathaus sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

SPD Fraktion im Römer

eine Referentin / einen Referenten für Kommunikation

Wir möchten unser Team mit einer Vollzeitkraft (m/w/d) verstärken, es wäre jedoch auch Teilzeitarbeit möglich.

Allgemeine Anforderungen:
- Loyalität und ausgeprägte Teamorientierung
- hohe Identifizierung mit sozialdemokratischen Zielen und Werten
- Interesse an Kommunalpolitik
- hohe Belastbarkeit und Flexibilität

Fachliche Anforderungen:
- sehr gutes Sprachgefühl, schriftlich und mündlich
- berufliche Erfahrung im strategischen Online-Marketing
- fortgeschrittene Kenntnisse im Umgang mit WordPress
- Grundkenntnisse in der Suchmaschinenoptimierung (SEO)
- fortgeschrittene Kenntnisse in der Texterstellung für Blog, Webseite und Social Networks
- Bedienung von Adobe Photoshop
- sicherer Umgang mit Facebook (auch Werbeanzeigen), Instagram und Twitter

Wir beschäftigen gerne auch jemanden in der Phase des beruflichen Wiedereinstiegs. Wir bezahlen nach TVöD und sind Mitglied bei der kommunalen Alters-Zusatzversorgungskasse (ZVK).

Bewerbungen bitte mit Zeugnissen/Referenzen an:
SPD-Fraktion im Römer, z.H. Ursula Busch
Bethmannstraße 3 | 60311 Frankfurt am Main
info@spd-fraktion.frankfurt.de | Tel.: (069) 212 417-50

Auf der Suche nach der Superkraft

Stark wie Popeye dank Spinat – laut Forschern funktioniert das tatsächlich. Können Kommunen von Comic-Helden lernen?

Autor Carl-Friedrich Höck

Kommunalpolitikerinnen und -politikern wird zuweilen Übermenschliches abverlangt. Sie sollen Kitaplätze und Wohnraum schaffen, für Ordnung sorgen, die Verkehrswende vorantreiben, Schwimmbäder bauen und gleichzeitig noch die leere Haushaltskasse sanieren. Wenn dann scheinbar ein Weg gefunden wurde, all das zu meistern, verlangen Bürgerinnen und Bürger selbstbewusst nach Mitsprache – und stellen des Öfteren eine kommunale Planung wieder auf den Kopf.

Ja, Demokratie ist die beste aller Staatsformen, aber eben auch anstrengend. Sicherlich hat sich manch ein Bürgermeister oder Verwaltungsmitarbeiter schon einmal Superkräfte gewünscht, wie man sie aus den Comic-Heften der Kindheit kennt.

Superman als Baudezernent?

Etwa von Spiderman, der sich an Hausfassaden entlangschwingt, wenn er es mit Kriminellen aufnimmt. Wie würde das die Arbeit der kommunalen Ordnungshüter erleichtern: Von Haus zu Haus springend hätten sie Müll- und Parksünder stets im Blick.

Superman kann sogar fliegen und hat ein fotografisches Supergedächtnis. Gute Voraussetzungen, um zum Beispiel als Baudezernent zu arbeiten. Der Held würde in komplexen B-Plan-Verfahren stets den Überblick über Baugebiet und Planungsstand behalten. Außerdem kann Superman hypnotisieren, also auch skeptische Bürger leicht von der Notwendigkeit des neuen Bauvorhabens überzeugen.

Spinat wirkt leistungsfördernd, haben Forscher festgestellt. Wer als Kind Popeye geschaut hat, wusste das natürlich schon.

Nur: Woher die Superkräfte nehmen? Spidermans Fähigkeiten rühren vom Biss einer seltenen Spinne. Falls es diese Gattung je wirklich gegeben haben sollte, ist sie sicherlich bereits dem Artensterben zum Opfer gefallen. Da kommt auch die „Fridays for future"-Bewegung zu spät.

Superman schöpft seine Energie aus der Sonne. Ein vielversprechender und zeitgemäßer Ansatz, nur wird die Solarforschung wohl noch einige Jahre benötigen, um hierfür ein marktreifes Verfahren zu entwickeln.

Grünes Wundermittel

Somit bleibt noch die Methode Popeye. Der Zeichentrick-Matrose stärkt sich vor Auseinandersetzungen bekanntlich mit Spinat und entwickelt so ungeahnte Kräfte. Und was meldet nun die Freie Universität Berlin? Ein Extrakt aus Spinat kann einer internationalen Studie zufolge zu Leistungssteigerungen führen, weil sie die Muskeln wachsen lässt. Nun wird geprüft, die Substanz namens Ecdysteron in die Liste der Dopingmittel aufzunehmen. Diese sind zum Glück nur für Sportler verboten – Politiker können also weiter beherzt zum grünen Gemüse greifen.

Übrigens: Echte Superhelden kann man in Rathenow sehen. Dort ziehen engagierte Menschen mit Schlüpfern und Umhängen verkleidet durch die Stadt, sammeln Müll ein, werben für ein rücksichtsvolles Miteinander und haben dabei jede Menge Spaß. Über Superkräfte verfügen die „Stinknormalen Superhelden" nicht. Es geht eben auch ohne.

DEMO 09-10/2019
erscheint am 11. Oktober 2019

mit folgenden Themen:

70 Jahre DEMO! 1949 wurde die DEMO (Demokratische Gemeinde) gegründet. Es war der Aufbau in der jungen Bundesrepublik (West) zu bewältigen – dafür bot die DEMO den Austausch zwischen den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern. Außerdem werfen wir ein Schlaglicht auf das Thema „**Demokratie stärken in den Kommunen"**. Wie vor Ort das Vertrauen gefestigt und die Zivilgesellschaft ermutigt werden kann, sich für unser Gemeinwesen zu engagieren. Um **Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung geht es im Report.**

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführung: Karin Nink, Kerstin Thomberg

Anzeigen/Vertrieb: ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 36 vom 1. Januar 2019

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Litho: Satzstudio Neue Westfälische Gmbh & Co KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

FOTOS: STOCK.ADOBE.COM/POPAUKROPA; DEMO

JETZT BEWERBEN!

Ausschreibung

DEMO-Kommunalfuchs 2019

Bereits zum 14. Mal werden die DEMO-Kommunalfüchse für herausragende kommunalpolitische Leistungen verliehen.

Gesucht werden Beispiele für herausragendes kommunalpolitisches Wirken, eine vorbildliche kommunalpolitische Strategie oder besonderes Engagement in der Kommunalpolitik.

Die Preisträger 2019 werden von unserer **Jury** Ende Oktober unter allen Bewerbungen ausgewählt.

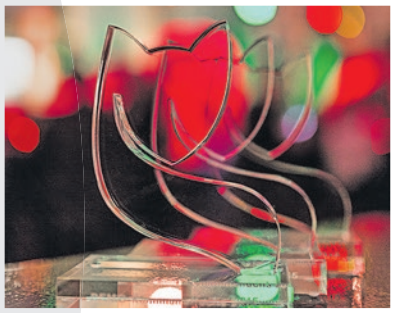
Die Auszeichnungen werden im Rahmen der Abendveranstaltung des DEMO-Kommunalkongresses am 21. November 2019 in Berlin verliehen.

Kandidatenvorschläge oder Eigenbewerbungen mit einer kurzen Projektbeschreibung (bitte max. zwei DIN A4-Seiten) sowie eventuell weitere relevante Unterlagen bitte bis zum **10. Oktober 2019** an

DEMO – Demokratische Gemeinde
DEMO Kommunalfuchs
ASK Berlin
Bülowstraße 66
10783 Berlin

Mail: witzel@demo-online.de

DEMO Kommunalfuchs



AUSWAHL BISHERIGER PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER

- Theresia Riedmaier, Bad Kreuznach
- Ostritzer Friedensfest/„Oberlausitzer Erklärung"
- SPD Lübeck, Kommunalwahlkampagne
- Michael Häupl, Wien
- Hans-Jochen Vogel, München/Berlin
- Unterstützerkreis Rosengarten, Vellmar
- Inklusionsbeirat der Stadt Heilbronn
- SPÖ Jugend Murrtal/Österreich
- Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr
- Jürgen Dupper, Oberbürgermeister Passau
- Familienkonzept der Landeshauptstadt Hannover
- Klaus Wowereit, Berlin
- SPD Kommunalakademie
- Michael C. Busch, Landrat Coburg
- Bernd Scheelen
- Christian Ude, München
- Norbert Raulin, Bürgermeister Strasburg (Uckermark)
- SPD-Gemeinderatsfraktion Heidenrod
- EAF Berlin e.V.
- Monika Kuban, Deutscher Städtetag
- Gemeinde Hüllhorst
- Buch-Projekt „Wirbel im Rathaus (WiR)"
- Georg Kronawitter, München
- SPD-Ratsfraktion Gladbeck
- Rainer Dambach, Bürgermeister Pasewalk
- Mentoringprojekt „Mehr Frauen in die kommunalen Parlamente" in RLP
- Rosemarie Wilcken, Wismar
- Gemeinde Nalbach
- SPD Gemeinderatsfraktion Mannheim
- „Häkelclub 590" Hamm
- Gerhard Widder, Mannheim
- Landeshauptstadt Erfurt
- SPD Main-Kinzig-Kreis
- PlaNet Jugend, Gemeinde Aichwald
- Willi Polte, Magdeburg
- Gemeinde Alheim
- Junior SGK Baden Württemberg
- Kids Projekt Osnabrück
- Schwalm-Eder-Kreis gegen Gewalt
- Axel Endlein, Northeim
- Arno S. Hamburger
- Michael Adam, Bürgermeister Bodenmais
- Landkreis Mainz-Bingen
- Gemeinde Hiddenhausen
- Josef Krings, Duisburg
- Hartwig Reimann, Schwabach
- SPD-Ratsfraktion Nürnberg
- Manfred Schaub, Bürgermeister Baunatal
- Jusos Aachen
- AG 60plus SPD Linz am Rhein
- Herbert Schmalstieg, Hannover
- Jusos Dresden
- SPD Wiesloch
- Landeshauptstadt Potsdam

…und 2019 Du?

DEMO
KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt anmelden!

»KOMMUNE – KONKRET – GESTALTEN«

14. DEMO-Kommunalkongress

Berlin | 21. – 22. November 2019

Gemeindezentrum Schöneberg | Hauptstraße 125A | 10827 Berlin-Schöneberg

Freuen Sie sich auf interessante Reden und Impulse u.a. von:

FRANZISKA GIFFEY
Bundesministerin
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

MICHAEL LUDWIG
Landeshauptmann und
Bürgermeister von Wien

THEMENSCHWERPUNKTE

WACHSTUM UND WOHLSTAND

- Starke Kommunale Unternehmen
- Wohnen als Soziale Frage
- Digitale Zukunft gestalten

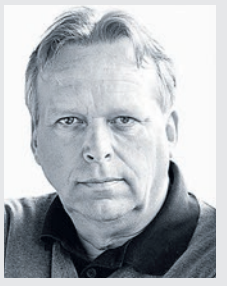
SCHUTZ UND TEILHABE

- Gute Kitas
- Öffentliche Sicherheit
- Bürgerfreundliche Kommune

KOOPERATION UND VERANTWORTUNG

- Nachhaltigkeitsziele umsetzen
- Europäische Integration
- Kommunale Partnerschaften

INGEBORG ESSER
Hauptgeschäftsführerin,
GdW – Bundesverband
deutscher Wohnungs-
und Immobilien-
unternehmen e.V.



JÖRG HEYNKES
Autor, Unternehmer
und Zukunftsaktivist

Kooperationspartner:

INNOVATORS CLUB

Sozialdemokratische Kommunal Akademie

SPE-FRAKTION
Europäischer Ausschuss der Regionen

Europäischer Ausschuss der Regionen